

**FINANZIERUNGSINSTRUMENT EUROPÄISCHE
NACHBARSCHAFT UND PARTNERSCHAFT (ENPI)**

REGIONALES STRATEGIEPAPIER (2007-2013)

UND

REGIONALES RICHTPROGRAMM (2007-2010)

FÜR

DIE PARTNERSCHAFT EUROPA-MITTELMEER



EUROMED

INHALT

1. Zusammenfassung.....	4
2. Die Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit	5
3. Ziele der Zusammenarbeit in der Region	6
4. Regionale Analyse	8
5. Policy Mix.....	14
6. Bisherige und gegenwärtige regionale Zusammenarbeit	14
7. Die Reaktionsstrategie der Kommission	15
8. Regionales Richtprogramm	22

ANHÄNGE

- I. ZUWEISUNG DER FÖRDERMITTEL FÜR DIE MITTELMEERREGION
- II. ÜBERSICHT ÜBER DIE GEBER
- III. AUFSCHLÜSSELUNG DER MEDA-MITTELBINDUNGEN NACH LÄNDERN
- IV. VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN UND AKRONYME

1. ZUSAMMENFASSUNG

Mit diesem regionalen Strategiepapier soll ein strategischer Rahmen für die Programmierung und Mittelausstattung des Instruments der Europäischen Nachbarschaft und Partnerschaft (ENPI) für die Mittelmeerregion bereitgestellt werden. Dieses Regionale Strategiepapier (RSP) für die Jahre 2007-2013 betrifft den südlichen Mittelmeerraum und den Nahen Osten, d.h. die Länder, die Mitglieder der mit der Erklärung von Barcelona (1995) ins Leben gerufenen Partnerschaft Europa-Mittelmeer sind. Das RSP und das Regionale Richtprogramm (RIP) wurden in Einklang mit der Verordnung 1638/2006 des Rates aufgestellt, die an die Stelle des früheren Finanzinstruments für die Mittelmeerregion (MEDA) tritt.

Die Mittelmeerregion ist sowohl unter wirtschaftlichen (Handel, Energie, Migration) als auch unter politischen (Sicherheit, Stabilität) Aspekten von strategischer Bedeutung für die EU. Die politische Lage in der Region ist durch die anhaltenden Spannungen aufgrund des Nahostkonflikts, des Irak-Krieges und seiner Auswirkungen auf die umliegenden Länder und immer wieder durch terroristische Anschläge geprägt. Außerdem sind in verschiedenen Ländern innenpolitische Spannungen, eine mangelnde politische Aufgeschlossenheit und eine zunehmende Popularität fundamentalistischer islamischer Bewegungen festzustellen. In der Wirtschaft führt eine Kombination aus raschem Bevölkerungswachstum verbunden mit einer kräftigen Zunahme des Arbeitskräfteangebots und geringem wirtschaftlichem Wachstum zu hoher Arbeitslosigkeit und stagnierenden Einkommen. Drei gesellschaftspolitische „Defizite“ – mangelnde Freiheit, unzureichende Rolle der Frau in der Gesellschaft und mangelnder Zugang zu Bildung und Wissen – wirken sich zusätzlich nachteilig auf die Wirtschaftslage aus. Die Aussichten auf langfristiges Wirtschaftswachstum werden überdies dadurch gefährdet, dass keine nachhaltige Bewirtschaftung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen stattfindet.

Die politische Reaktion der EU auf diese Situation wird durch zwei kohärente und sich gegenseitig ergänzende Strategien geleitet: die Erklärung von Barcelona zur Partnerschaft Europa-Mittelmeer (1995) auf regionaler Ebene sowie die jeweiligen bilateralen Assoziierungsabkommen und seit 2003 die Europäische Nachbarschaftspolitik und die einschlägigen bilateralen Aktionspläne. Die politischen Prioritäten in der Region für die nächsten fünf Jahre (2006-2009) wurden von den Staats- und Regierungschefs auf dem Euro-Mittelmeer-Gipfel (November 2005) festgelegt und erstrecken sich auf vier Bereiche: politische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit, nachhaltige Zusammenarbeit im Bereich Wirtschaft und Soziales, Bildung und Kultur sowie Migration. Das vorliegende Regionale Strategiepapier sieht ein auf fünf Jahre angelegtes Arbeitsprogramm vor, das auf drei vorrangige Zielsetzungen ausgerichtet ist und auf regionaler Ebene umgesetzt werden soll:

- ein gemeinsamer Raum Europa-Mittelmeer, der durch eine intensive Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz, Sicherheit und Migration geprägt ist;

- ein nachhaltiger gemeinsamer Wirtschaftsraum, in dem die Liberalisierung des Handels, die Integration des regionalen Handels, der Aufbau von Infrastrukturnetzen und Umweltschutz die Schwerpunkte bilden;
- ein gemeinsames Forum für den soziokulturellen Austausch, das schwerpunktmäßig auf den kulturellen Austausch und Kontakte auf der Ebene der Bürger ausgerichtet ist und die Präsenz der Partnerschaft in den Medien fördert.

Mit dem Regionalen Richtprogramm 2007-2010 werden diese strategischen Konzepte in konkrete Aktionsprogramme umgesetzt, die insgesamt mit rund 343,3 Mio. EUR dotiert sind.

2. DIE BEDEUTUNG DER REGIONALEN ZUSAMMENARBEIT

Mit der Partnerschaft Europa-Mittelmeer soll neben den bilateralen Assoziierungsabkommen und den ENP-Aktionsplänen ein regionales Forum für die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit bereitgestellt werden.

- Auf politischer Ebene bietet der Barcelona-Prozess ein einzigartiges regionales Forum zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses im Hinblick auf den Abbau der Spannungen im Nahen Osten, selbst wenn er nicht das geeignete Forum ist, um eine politische Lösung dieser Probleme herbeizuführen.
- Auf wirtschaftlicher Ebene werden hier Themen mit transnationaler Dimension in Angriff genommen, bei denen regionale Konzepte einen höheren Mehrwert als rein nationale Programme aufweisen. Dies ist beispielsweise der Fall beim Verbund von Infrastrukturnetzen, bei der regionalen wirtschaftlichen Integration zwischen den Mittelmeerpartnerländern, im Umweltschutz und bei der Bekämpfung der illegalen Migration (einschließlich der Problematik der afrikanischen Länder südlich der Sahara).

Neben dem zusätzlichen Nutzen durch Kostendegressionen (Economies of Scale) und Verbundvorteile (Economies of Scope) kann regionale Zusammenarbeit als wirksames Forum für den Austausch von Informationen und Erfahrungen, vorbildlichen Praktiken (Best Practice) und Demonstrationseffekten dienen.

Die Gesamtstruktur des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ENPI) wird in der Verordnung zur Schaffung dieses Instruments festgelegt. Das Instrument wird zwei Arten von Programmen umfassen: Länder- und Mehrländerprogramme, auf die rund 88% der verfügbaren Mittel entfallen werden, und grenzübergreifende Kooperationsprogramme. Das Euro-Med-Regionalprogramm wird eines der drei Mehrländerprogramme im Rahmen des ENPI darstellen, das die Mittelmeerpartnerländer und damit die südlichen Nachbarn abdeckt. Bei den beiden anderen handelt es sich um Regionalprogramme, an denen alle von der Europäischen Nachbarschaftspolitik erfassten Länder beteiligt sind, sowie das Regionalprogramm für die östlichen Nachbarn. Daher weist die regionale Zusammenarbeit im Rahmen der ENPI neben der auf Barcelona basierenden Euro-Med-Dimension auch eine die gesamte Nachbarschaftspolitik umfassende Dimension auf. Folglich werden verschiedene

Tätigkeiten wie Programme zur Förderung von Good Governance und zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften mit denen der EU, Zusammenarbeit im Hochschulbildungsbereich und Bildungsaustausch sowie Anbindung der Infrastrukturen an die europäischen Netze im Rahmen des die gesamte Nachbarschaftsinitiative umfassenden Regionalprogramms durchgeführt (und in einem gesonderten Dokument beschrieben), da diese Programme allen Nachbarländern zugute kommen. Zu den in diesem ENP-Programm enthaltenen Maßnahmen für die Region Süd gibt es im Rahmen des Programms kein Pendant für die Region Ost. Vielmehr handelt es sich schwerpunktmäßig um spezifische Maßnahmen zugunsten der Mittelmeerpartnerländer, die nur im Rahmen des Barcelona-Prozesses durchgeführt werden können.

3. ZIELE DER ZUSAMMENARBEIT IN DER REGION

Wie bereits erwähnt sind die Ziele der Zusammenarbeit der EU bzw. der Kommission mit den Ländern der Südlichen Nachbarschaft am Barcelona-Prozess (BP) und der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) ausgerichtet. Der Barcelona-Prozess basiert auf der Erklärung von Barcelona (1995) sowie auf verschiedenen strategischen Unterlagen, die auf Ministerebene im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer verabschiedet wurden, sowie auf den bilateralen Assoziierungsabkommen und in letzter Zeit auf dem Fünfjahres-Arbeitsprogramm, das 2005 auf dem Euromed-Gipfel in Barcelona angenommen wurde.

In der Erklärung von Barcelona wurden drei große Ziele gesteckt:

- Schaffung eines Raums des Friedens und der Stabilität auf der Grundlage fundamentaler Rechtsgrundsätze wie Achtung der Menschenrechte und Demokratie;
- Schaffung eines Raums gemeinsamen Wohlstands durch eine nachhaltige und ausgewogene wirtschaftliche und soziale Entwicklung und die schrittweise Einführung eines freien Handels zwischen der EU und ihren Partnern sowie zwischen den Partnerländern untereinander;
- Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Völkern der Region und Aufbau einer aktiven Zivilgesellschaft.

Die Assoziierungsabkommen (AA) sehen den politischen Dialog, Freihandel mit Fertigungswaren zwischen dem jeweiligen Partnerland und der EU durch Zollabbau während eines Übergangszeitraums und verschiedene Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit vor. Assoziierungsabkommen sind mittlerweile mit allen Ländern außer Syrien in Kraft. Ferner wurde mit Jordanien ein Zusatzprotokoll zur Liberalisierung des Handels mit Agrarerzeugnissen ausgehandelt. Im November 2005 wurden Verhandlungen über eine weitere Liberalisierung für Agrarerzeugnisse sowie landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse und Fischereierzeugnisse aufgenommen. Außerdem wurde die Rendezvous-Klausel für Verhandlungen über Freihandelsabkommen im Dienstleistungssektor aktiviert. Die Unterzeichnung des Abkommens von Agadir zwischen vier Mittelmeerländern im Jahr 2004 war ein wichtiger Schritt in Richtung auf den regionalen Freihandel.

Am 10. Jahrestag der Erklärung von Barcelona (1995) wurden auf dem Euromed-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Barcelona (2005) folgende Ziele der Partnerschaft für die nächsten fünf Jahre festgelegt:

- Stärkung der Demokratie, Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, bessere Achtung der Menschenrechte und der freien Meinungsäußerung sowie Gewährleistung der Unabhängigkeit der Justiz;
- Erhöhung der Sicherheit aller Bürger, insbesondere durch Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung;
- Intensivierung der Zusammenarbeit in allen Aspekten der illegalen und legalen Migration;
- Entwicklung der Mittelmeerstrategie für nachhaltige Entwicklung und Verabschiedung eines Zeitplans für die Umweltsanierung des Mittelmeers bis 2020;
- Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele, insbesondere im Bildungsbereich;
- Gemeinsames Vorgehen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz sowie Ablehnung extremistischer Vorstellungen;
- Stärkung des Dialogs zwischen Regierungs- und Nichtregierungseinrichtungen;
- Förderung der regionalen Süd-Süd-Integration.

Im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung führte die Europäische Kommission für alle östlichen und südlichen Nachbarländer eine neue Europäische Nachbarschaftspolitik ein (KOM(2003) 104, März 2003). Ziel dieser Politik ist es, die alten und neuen Nachbarländer, die derzeit keine Aussicht auf eine Vollmitgliedschaft haben, enger in das politische, wirtschaftliche und kulturelle Gefüge der EU einzubeziehen. Dabei geht es darum, einen Beitrag zu Stabilität und Good Governance in den unmittelbaren Nachbarstaaten der EU zu leisten und im Osten und Süden der EU einen Kreis verantwortungsvoll regierter Länder zu fördern, mit denen die EU enge Beziehungen und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit unterhalten kann. Für die Umsetzung ihrer politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Reformen wird den Nachbarländern im Gegenzug folgendes angeboten:

- Die Aussicht, über die bestehenden Beziehungen hinaus einen wesentlich höheren Integrationsgrad zu erreichen; darunter fällt auch der Abschluss umfangreicherer Freihandelsabkommen und die Möglichkeit, zunehmend zu den wichtigsten Aspekten von EU-Programmen zugelassen zu werden;
- Bessere präferenzielle Handelsbeziehungen und Marktöffnung;
- Aussichten auf legale Migration und Freizügigkeit;
- Intensivierung der Zusammenarbeit zur Prävention und Bekämpfung von Sicherheitsbedrohungen;
- Ausbau des Dialogs im Rahmen der GASP und der ESVP auf der Grundlage gemeinsamer Werte, starker demokratischer Institutionen und des beiderseitigen Verständnisses der Notwendigkeit, die Achtung der Menschenrechte zu institutionalisieren;

- Stärkere Integration in die Verkehrs-, Energie-, IKT- und Forschungsmärkte und –netze.

Zur Untermauerung der Europäischen Nachbarschaftspolitik hat die EU die Einsetzung eines einheitlichen Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ENPI) beschlossen. Das übergeordnete Ziel der ENPI besteht in der Förderung einer intensiveren Zusammenarbeit und einer fortschreitenden wirtschaftlichen Integration zwischen der EU und ihren Nachbarländern und insbesondere in der Unterstützung dieser Länder bei der Umsetzung von Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, Assoziierungsabkommen oder sonstigen bereits geschlossenen oder künftigen Abkommen. Damit wird im Rahmen des ENPI finanzielle Unterstützung für die Erreichung der Ziele des Barcelona-Prozesses, der Assoziierungsabkommen, der ENP und der ENP-Aktionspläne bereitgestellt.

Die Erklärung von Barcelona, die Assoziierungsabkommen und die ENP-Aktionspläne sind politische Dokumente, die von der EU und den Mittelmeerpartnerländern in gegenseitigem Einvernehmen und gemeinsamer Verantwortung angenommen wurden. Damit bilden sie eine gemeinsame Strategie zur Bewältigung der politischen Anliegen der Region auf bilateraler wie auf regionaler Ebene.

Das vorliegende Regionale Strategiepapier trägt auch den Grundsätzen und Zielen Rechnung, die der einseitigen Erklärung der EU zur Entwicklungspolitik der Gemeinschaft zugrunde liegen (gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission von 2005 zur Entwicklungszusammenarbeit). Die Ziele und Prinzipien des Europäischen Konsens in der Entwicklungszusammenarbeit fließen ebenfalls in diese Kooperationsstrategie ein. Die Eindämmung und schließlich Beseitigung der Armut durch Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung und die schrittweise Integration der Partnerländer in die Weltwirtschaft und die Bekämpfung der Ungerechtigkeit stehen voll in Einklang mit den Zielen des Barcelona-Prozesses und der ENP. Dies wurde auch in den Schlussfolgerungen des Gipfels von Barcelona (November 2005) erneut bekräftigt.

4. REGIONALE ANALYSE

4.1. Politische Lage

Die politischen Herausforderungen, mit denen die Region konfrontiert ist, sowie die Möglichkeiten für deren Bewältigung wurden in den letzten Jahren in verschiedenen Dokumenten der EU und anderer Institutionen umfassend untersucht¹, insbesondere in dem vom *UNDP herausgegebenen Arabischen Bericht über die menschliche Entwicklung*

¹ Mitteilung der Kommission vom April 2005 über die Vorbereitung des Barcelona-Gipfels (KOM (2005) 139 endg.); Dokument der Kommission und des Ratssekretariats über die Stärkung der Beziehungen der EU zur Arabischen Welt (Dezember 2003); Strategiepapier der Kommission zur Europäischen Nachbarschaftspolitik (Mai 2004); Mitteilung der Kommission „Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn“ (KOM (2003) 104 endg.); Mitteilung der Kommission über die Förderung der Menschenrechte im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer (KOM (2003) 294 endg.).

aus dem Jahr 2002 und den späteren Folgeberichten. Nach dem UNDP-Bericht des Jahres 2005 liegt in der Region ein „Freiheitsdefizit“ vor. Bei Indikatoren wie freie Meinungsäußerung und Rechenschaftspflicht, politischen Verfahren, bürgerlichen Rechten und Unabhängigkeit der Medien schneiden die Mittelmeerländer höchst unterschiedlich ab. Einige von ihnen haben in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte bei der Öffnung der politischen Prozesse und der Gewährung größerer Freiheiten zugunsten der Medien und der Zivilgesellschaft erzielt.

In den meisten Partnerländern fand eine umfassende Diskussion über die Beschleunigung der politischen Reformen statt. Ereignisse wie die Veröffentlichung der vier Arabischen Berichte über die menschliche Entwicklung durch das UNDP, die von der Arabischen Liga verabschiedete Erklärung von Tunis zur Reform „*On the Drive for Development and Modernization in the Region*“ und die von verschiedenen arabischen Organisationen der Zivilgesellschaft abgegebene Erklärung von Alexandria zum Thema *Reformen in den arabischen Ländern* haben dazu beigetragen, diese interne Diskussion in Gang zu bringen. Die Rolle der islamistischen Parteien im politischen Reformprozess war ebenfalls Gegenstand intensiver Diskussionen.

Im Gefolge des 11. September, der zweiten Intifada und des Irak-Kriegs wurde im Rahmen des Barcelona-Prozesses dem ersten Kapitel der Erklärung von Barcelona nach und nach immer größere Bedeutung beigemessen. Einen besonderen Stellenwert nahmen dabei die politische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit an. Fragen wie Justiz und Inneres, Grenzmanagement, Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität bilden heute den Schwerpunkt der Partnerschaft Europa-Mittelmeer. Allerdings ist diese starke Hervorhebung von Sicherheitsfragen nicht auf Kosten der politischen Grundrechte und -freiheiten erfolgt.

Es herrscht allgemeine Einigkeit darüber, dass politische Reformen auch in Zukunft eine unabdingbare Voraussetzung für nachhaltige Sicherheit und Stabilität in der Region bilden. In vielen dieser Länder ist die politische Lage durch die Notwendigkeit weiterer demokratischer Reformen geprägt. Dabei geht es um freie und faire Wahlen, die Rechtsstaatlichkeit und die Achtung von Grundfreiheiten und Menschenrechten. Zwar sind Gedanken-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit in vielen Ländern der Region verfassungsmäßig vorgesehen, werden jedoch durch zahlreiche Rechtsvorschriften eingeschränkt, die teilweise unter dem Vorwand des Schutzes der nationalen Sicherheit oder Einheit zur Anwendung kommen. In den letzten Jahren haben allerdings mehrere Länder in diesem Bereich beachtliche Fortschritte erzielt. Gleichzeitig hat das rasche Umsichgreifen gemäßiger und reformistischer islamischer Bewegungen, aber auch des politischen Extremismus die politischen Führungen in der Region erheblich unter Druck gesetzt und bisweilen die Fortschritte in Richtung auf mehr politische Aufgeschlossenheit und Pluralismus beeinträchtigt. Ungelöste Konflikte werden ebenfalls als Behinderung für Reformen empfunden. Dies gilt ganz besonders für den Friedensprozess im Nahen Osten.

Als Reaktion auf die zunehmende politische Diskussion in der arabischen Welt und in einigen Fällen echte Schritte in Richtung auf einen Demokratisierungsprozess wurde der

Schwerpunkt des Dialogs im Rahmen der Mittelmeerpartnerschaft zunehmend auf Themen wie Wahrung der menschlichen Grundrechte einschließlich Gleichstellung der Geschlechter, Meinungs-, Ausdrucks- und Versammlungsfreiheit, Demokratisierung in der arabischen Welt, freie und faire Wahlen sowie die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gelegt. Der politische Dialog mit den Mittelmeerpartnerländern findet sowohl auf bilateraler als auch auf regionaler Ebene statt, im Assoziierungsausschuss und bei den Ausschusssitzungen, in den Diskussionen über die ENP-Aktionspläne und in den einschlägigen Sitzungen im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer (Außenminister, Justiz- und Innenminister, im Euro-Med-Bereich eingesetzte hohe Beamte), die nach wie vor das zentrale Instrument für die Umsetzung der Partnerschaft und des Dialogs bilden. Im Rahmen der Unterausschüsse des Assoziierungsausschusses und der Aktionspläne der Europäischen Nachbarschaftspolitik wurde mit mehreren Partnerländern ein Dialog zum Thema Menschenrechte und Demokratie eingeleitet. Die bislang abgeschlossenen Aktionspläne sehen als gemeinsam vereinbartes vorrangiges Anliegen eine Zusammenarbeit im Bereich der Förderung der Menschenrechte vor.

4.2. Wirtschaftliche Lage

Die Mittelmeerregion ist durch extreme Einkommensunterschiede geprägt. So variiert das BIP pro Kopf zwischen rund 1 000 USD in Ägypten und in den Palästinensergebieten, 5 200 USD im Libanon und über 17 000 USD in Israel.

Seit der Unterzeichnung der Erklärung von Barcelona im Jahr 1995 erreichte das Wirtschaftswachstum in der Region im Durchschnitt einen Wert von 3,9%. Doch lässt ein kräftiges Bevölkerungswachstum von 2% pro Jahr und insbesondere eine kräftige Zunahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter kaum Erhöhungsspielräume für Beschäftigung, Prokopfeinkommen und Reallöhne. Folglich ist die Arbeitslosigkeit während des Betrachtungszeitraums weitgehend unvermindert hoch geblieben. Armut ist in der Region in sehr unterschiedlichem Maße anzutreffen: der Anteil der in Armut lebenden Bevölkerung beläuft sich in Jordanien und Tunesien auf 7%, in Ägypten hingegen auf 44%. Die Maßnahmen zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Lage haben recht gut gegriffen, was am Rückgang der Inflationsrate von 12% im Jahr 1995 auf 3% im Jahr 2004 und der Verringerung der Staatsverschuldung in der Region deutlich wird. Allerdings hat sich die Lage in den letzten Jahren wieder verschlechtert, so dass es weiterer Konsolidierungsbemühungen bedarf.

In den letzten Jahren hatte die Mittelmeerregion eine Reihe externer Schocks zu verkraften. Die Öl und Gas exportierenden Länder (Algerien, Syrien) profitierten von hohen Ölpreisen, was sich auch positiv auf verschiedene nicht Öl exportierende Länder auswirkte (Überweisungen von im Ausland tätigen Arbeitskräften, Investitionen), für die Netto-Ölimporteure jedoch mit höheren Ausgaben verbunden war. In der Folge des Irak-Krieges haben die Nachbarländer (Jordanien, Syrien) zahlreiche Flüchtlinge aufgenommen. Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern und die jüngsten Unruhen im Libanon und in Israel haben sich äußerst negativ auf die konjunkturelle Entwicklung in der Region ausgewirkt. Durch das Auslaufen des Multifaserabkommens im Jahr 2005 gerieten die Textilexporte der Mittelmeerländer unter erheblichen

Wettbewerbsdruck, was einen Beschäftigungseinbruch in der Textilbranche nach sich zog. Auf der anderen Seite profitierten Israel und Jordanien im Rahmen der sog. QIZ-Abkommen („qualified industrial zones“) von höheren Textilexporten in die Vereinigten Staaten.

Politische Unsicherheit, Sicherheitsrisiken und eine schwache Wettbewerbsfähigkeit belasten nach wie vor die Einstellung der Investoren zur Mittelmeerregion, so dass ausländische Direktinvestitionen nach einem Höchststand im Jahr 2001 im Anschluss an die Ereignisse des 11. September erneut nur in sehr begrenztem Maße in die Region flossen. Der Gesamtwert ausländischer Direktinvestitionen variiert zwischen 5 und 8 Mrd. USD pro Jahr², wobei das Gros der Mittel nach Israel und in den Maghreb fließt. Dies ist nicht ausschließlich auf externe Faktoren zurückzuführen, sondern auch auf die Wirtschaftspolitik dieser Länder. Bewertungen des Geschäftsklimas in der Mittelmeerregion ergaben, dass die Rahmenbedingungen deutlich weniger günstig als in den neuen EU-Mitgliedstaaten ausfallen. Einzige Ausnahmen sind Israel, Jordanien und Tunesien. Die verfügbaren Indikatoren für verantwortungsbewusstes Wirtschaftsgebaren deuten in den meisten Ländern auf eher schwache Institutionen und eine gravierende Korruptionsgefahr hin. Dies wirkt sich natürlich nachteilig auf das Wirtschaftsklima, die Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität für in- und ausländische Investoren aus.

Der wirtschaftliche Integrationsgrad der Mittelmeerpartnerländer ist nach wie vor gering. Dies ist sowohl politischen als auch wirtschaftlichen Faktoren zuzuschreiben. Als wirtschaftliche Gründe werden vielfach ähnliche Produktionsstrukturen und Exportsysteme der Mittelmeerpartner und der relativ hohe gegenseitige Zollschatz genannt. Im Süd-Süd-Handel war lediglich ein marginaler Zuwachs des Außenhandels von 4,4% im Jahr 1995 auf 5% im Jahr 2003 zu verzeichnen. Jüngste Anstrengungen (wie beispielsweise der Abschluss des Abkommens von Agadir und die Einigung auf ein einheitliches Ursprungsprotokoll mit Bestimmungen über die Ursprungskumulierung zwischen allen Pan-Euro-Med-Partnern) dürften jedoch der wirtschaftlichen Süd-Süd-Integration zwischen den Mittelmeerpartnern förderlich sein.

4.3. Soziale Lage

Aufgrund der Kombination aus der raschen (wenngleich rückläufigen) Zunahme der Erwerbsbevölkerung und dem relativ schwachen Wirtschaftswachstum bestehen nur geringe Spielräume für die Verringerung von Arbeitslosigkeit und Armut. Dies ist nicht nur auf das unzureichende Tempo und die unzulängliche Tiefe der wirtschaftlichen Reformen zurückzuführen, sondern auch auf andere gesellschaftliche Faktoren. Neben dem bereits erwähnten Freiheitsdefizit werden im Arabischen Bericht über die menschliche Entwicklung des UNDP zwei weitere Faktoren herausgehoben, die dem sozialen Fortschritt im Wege stehen:

Unzureichende Rolle der Frauen in der Gesellschaft. Die Beteiligung der arabischen Frauen am wirtschaftlichen und politischen Leben ist nach wie vor viel zu gering ausgeprägt und liegt im weltweiten Vergleich am unteren Ende der Skala. In vielen

² UN-Weltinvestitionsbericht 2005.

Ländern der Region leiden die Frauen unter ungleichen Rechten. Doch wenn die Hälfte des Produktionspotenzials ungenutzt bleibt, leidet darunter die gesamte Gesellschaft. In einigen Ländern ist die Gleichstellung der Geschlechter anerkannt und gesetzlich geschützt. In anderen Ländern dagegen spielen die Frauen im wirtschaftlichen und politischen Leben eine absolute Nebenrolle, was das soziale und wirtschaftliche Entwicklungspotenzial dieser Länder ernsthaft beeinträchtigt.

Zugang zu Wissen und Bildung. Die meisten Länder der Region haben bei der Beseitigung des Analphabetismus spürbare Fortschritte erzielt. Der Anteil der Analphabeten an der erwachsenen Bevölkerung ist von 60% im Jahr 1980 auf weniger als 40% im Jahr 2002 zurückgegangen. Bei den Frauen hat sich die Zahl derer, die Lesen und Schreiben können, während dieses Zeitraums verdreifacht. Dennoch gibt es nach wie vor viele Analphabeten, die folglich auch keinen Zugang zu Wissen haben. Zwar geben die Länder der Region einen höheren Anteil ihres BIP für Bildung aus, als dies in vielen anderen Entwicklungsländern der Fall ist, doch bleibt beispielsweise der Anteil der in Hochschulen eingeschriebenen Studenten nach wie vor auf rund 13% beschränkt. Neben diesen Defiziten im formalen Bildungssystem wird der Wissenserwerb durch geringe Aufwendungen für Forschung und Entwicklung und einen äußerst begrenzten Zugang zu den Informationstechnologien und zum Internet behindert.

Fortschritte in diesem Bereich werden von einer Stärkung der Kapazitäten der Bildungssysteme im Hinblick auf den Erwerb und die Vermittlung von Wissen in der Region abhängen. Außerdem gilt es die für Frauen geltenden Beschränkungen im Bildungswesen sowie im politischen und wirtschaftlichen Leben der Gesellschaft abzubauen und ein verantwortungsbewusstes politisches und wirtschaftliches Handeln in der Region zu fördern.

4.4. Die Umweltsituation

Trotz nahezu dreißig Jahren internationaler Umweltschutzbemühungen ist das Ökosystem des Mittelmeerraums immer noch gefährdet und wird sich angesichts der zunehmenden Umweltbelastung weiter verschlechtern. Nach derzeitigen Vorhersagen sind bis zum Jahr 2025 möglicherweise 50% der Küste bebaut³, was nur ein Beispiel für die massive Umweltbelastung ist. In jüngsten Studien⁴ wurden nun die Folgekosten der Umweltschäden in mehreren Ländern beziffert⁵. Diese wurden 1999 beispielsweise für Ägypten auf jährlich zwischen 2,7 und 5,1 Mrd. EUR (d.h. 3,2-6,4% des BIP), für Algerien auf 1,5 Mrd. EUR (3,6% des BIP) und für Marokko auf 1,2 Mrd. EUR (d.h. 3,7% des BIP) veranschlagt⁶. Wenn die wirtschaftliche Entwicklung und die Gesundheit der Menschen in dieser Region geschützt werden sollen, muss auf jeden Fall etwas

³ Eine nachhaltige Zukunft für den Mittelmeerraum: A Sustainable Future for the Mediterranean – The Blue Plan’s Environment and Development outlook.

⁴ Technisches Hilfsprogramm für die Mittelmeerländer (Mediterranean Environmental Technical Assistance Programme - METAP): Cost of Environmental Degradation Studies - http://www.metap.org/main.php?id_menu=12

⁵ Algerien, Ägypten, Jordanien, Libanon, Marokko, Syrien und Tunesien.

⁶ Für Algerien und Marokko wurden Schätzwerte auf der Grundlage des Umrechnungskurses von 1999 verwendet.

geschehen. Die Mittelmeerländer müssen jetzt handeln, um ihre natürlichen Ressourcen zu erhalten.

Die Region ist in erster Linie mit folgenden Umweltproblemen konfrontiert:

Wasserqualität und –quantität. Dieser Aspekt zählt zu den schwerwiegendsten Umweltproblemen, mit dem alle Länder der Region konfrontiert sind. Die Wasserknappheit dürfte sich mit dem voraussichtlichen Bevölkerungswachstum in der Region noch weiter verschärfen, und die schlechte Qualität und Verschmutzung des Wassers sind hauptsächlich auf den hohen Salzgehalt infolge der übermäßigen Wasserentziehung und schlechter Bewässerungstechniken, die Verunreinigung durch Rückstände aus der Landwirtschaft und unkontrollierte Ableitungen von Abwässern zurückzuführen.

Mängel in der Bewirtschaftung fester kommunaler und industrieller Abfälle. Diese Probleme werden im Wesentlichen durch Faktoren wie rasche Verstädterung, fehlende Strategien und Maßnahmen zur Rationalisierung des Abfallmanagements, unzureichende Kontrolle illegaler Verklappungspraktiken, einen Mangel an geeigneten Mülldeponien und sonstigen Entsorgungseinrichtungen sowie fehlende Flächen ausgelöst.

Schlechte Luftqualität aufgrund von Verkehr und Industrialisierung. Dieses Problem wird in den meisten Ländern durch einen Mangel an Normen und durchsetzbaren Rechtsvorschriften und das Fehlen von Überwachungsnetzen noch zusätzlich verschärft.

Meeresverschmutzung und Schädigung der Küstenzonen durch unkontrollierte Wirtschaftstätigkeiten (einschließlich Tourismus) und städtische Entwicklung, die überwiegend in den Küstengebieten stattfindet. Auf der Landseite erfolgt die Schädigung der Küsten zumeist in Form von Abfallbelastungen sowie Wasser- und Luftverschmutzung, Verluste der biologischen Vielfalt oder durch den Menschen verursachte Erosion der Küstenstreifen. Die Schädigung des Meeres ist im Wesentlichen auf Ölverschmutzungen, Abwassereinleitungen oder Überfischung zurückzuführen.

Schädigung der Böden und Versteppung aufgrund der natürlichen Gefährdung der Böden, die besonders anfällig für Erosion, Verseuchung und Nährstoffverarmung sind.

Die reichhaltige **biologische Vielfalt – des Meeres und zu Lande** – ist weiterhin bedroht, wobei das Eindringen fremder Arten und die Zerstörung der natürlichen Lebensräume die beiden Hauptursachen für diesen Verlust darstellen.

Die Umweltministerien der Länder des südlichen und östlichen Mittelmeerraums verfügen in der Regel nicht über ausreichende Kapazitäten, um diese schwerwiegenden Probleme in den Griff zu bekommen. Außerdem fehlt es in den Ländern der Region vielfach am politischen Willen, wirksame Umweltvorschriften aufzustellen und durchzusetzen. Angesichts der tatsächlichen Kosten der Umweltschäden ist die Einführung und Durchsetzung einschlägiger Umweltvorschriften zwingend geboten. Die

Ratifizierung und Umsetzung internationaler Umweltabkommen stellt ebenfalls weiterhin eine große Herausforderung für die Region dar.

5. POLICY MIX

In der Erklärung von Barcelona wurden verschiedene mittel- bis langfristig zu erreichende Ziele festgeschrieben: Frieden und Stabilität in der gesamten Region Europa-Mittelmeer auf der Grundlage der Achtung der gemeinsamen Grundwerte; Förderung des Wohlstands aller Partner durch die Einführung des freien Handels und der wirtschaftlichen Integration zwischen Nord und Süd sowie Süd/Süd, verbunden mit erheblicher finanzieller und sonstiger Unterstützung der Mittelmeerpartnerländer durch die EU, damit diese die dafür erforderlichen Reformen durchführen können. Außerdem geht es um den Aufbau engerer interkultureller Beziehungen zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses und zur Überwindung der durch unterschiedliche Kulturen, Religionen oder Bevölkerungsgruppen hervorgerufenen Spaltungen.

6. BISHERIGE UND GEGENWÄRTIGE REGIONALE ZUSAMMENARBEIT

Die regionale Zusammenarbeit zwischen den Partnerländern des südlichen Mittelmeerraums und dem Nahen Osten war stets schwierig, was sowohl auf politische (beispielsweise den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern) als auch wirtschaftliche Gründe (verschiedene Hindernisse für die Integration des regionalen Handels) zurückzuführen ist. Mit der Erklärung von Barcelona (1995) wurde eine neue Ära eingeleitet, in der sich die EU im Anschluss an die Friedensabkommen von Oslo, die einen Neubeginn für die israelisch-arabischen Beziehungen verhiessen, ausdrücklich zur Förderung der regionalen politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit verpflichtete. Trotz der politischen Probleme, die seither im Friedensprozess aufgetreten sind, wurde die regionale Zusammenarbeit im Rahmen des Barcelona-Prozesses langsam aber sicher intensiviert und erstreckt sich mittlerweile auf eine ganze Reihe von Sektoren und Gebiete⁷.

Schwerpunkt der gegenwärtigen regionalen Kooperationsstrategie im Rahmen des MEDA-Programms (2002-2006) ist die wirtschaftliche und soziokulturelle Zusammenarbeit. Diese umfasst die Förderung der regionalen Handelsintegration, des Energie- und Verkehrssektors einschließlich der Infrastrukturnetze, der verantwortungsvollen Regierungsführung (Good Governance), der Gleichstellung der Geschlechter sowie des kulturellen Austauschs und Dialogs. Auf dem Gipfel von Barcelona im November 2005 wurde ein neues Arbeitsprogramm angenommen, das konkrete Ziele und einen Zeitplan für deren Erreichung enthält. Dieses Arbeitsprogramm bildet das Kernstück dieses neuen Regionalprogramms für 2007-2010. Dabei haben politische Anliegen wie die Förderung von Demokratie und Good Governance an Bedeutung gewonnen. Den Schwerpunkt der ENP bilden vor allem bilaterale Konzepte und Aktionspläne ohne starke regionalpolitische oder institutionelle Komponenten. Die

⁷ Eine einschlägige Übersicht ist abrufbar unter http://ec.europa.eu/comm/europeaid/reports/meda-evaluation-midterm-report-2005_en.pdf.

im Rahmen des Barcelona-Prozesses eingesetzten Strategien und Institutionen bilden dazu eine Ergänzung, die mit der ENP voll und ganz in Einklang steht.

Aus den bisherigen regionalen Kooperationsprogrammen konnten verschiedene Lehren gezogen werden. Erstens sind der Aufbau regionaler Netzwerke und die Einleitung des Dialogs zu einer wichtigen Komponente der Partnerschaft geworden, können aber an sich nicht als eigenständige Zielsetzung betrachtet werden. Ferner sollte besonderer Wert darauf gelegt werden, dass die Regionalprogramme für den Mittelmeerraum schwerpunktmäßig auf Maßnahmen ausgerichtet werden, die die regionale oder subregionale Integration und das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den Partnern stärken, und/oder dass die Programme einen eindeutigen zusätzlichen Nutzen durch Kostendegressionen (Economies of Scale) oder Verbundvorteile (Economies of Scope) erbringen. Zweitens bedürfen die Regionalprogramme der Unterstützung und des aktiven Engagements der beteiligten Länder. Dabei kann ein dezentrales Management der Regionalprogramme von den Ländern der Region aus der Wirksamkeit der Programme zugute kommen, wobei allerdings darauf geachtet werden muss, dass eine hinreichende Einbindung aller Beteiligten und Betroffenen gewährleistet ist. Regionale Sitzungen auf hoher Ebene und die im Rahmen des Barcelona-Prozesses ins Leben gerufenen Institutionen dürften eine die gesamte Region umspannende eigenverantwortliche Mitwirkung gewährleisten. 2005 gab EuropeAid eine Evaluierung des Programms MEDA II in Auftrag (Halbzeitüberprüfung von MEDA II, Ecory-Nei, Rotterdam, April 2005), die Aufschluss über die Ergebnisse des MEDA-Programms einschließlich der regionalen Zusammenarbeit gibt. Der Bericht enthält 19 Empfehlungen, die sowohl die regionale als auch die bilaterale Zusammenarbeit betreffen.

Durch das regionale Euro-Med-Programm wurde die Kommission zum wichtigsten Geber für die Programme, die die gesamte Region Europa-Mittelmeer betreffen, während die nationalen Geber ihre Hilfeprogramme schwerpunktmäßig auf länderspezifische Programme und Tätigkeiten konzentrieren. Die Koordinierung mit den wenigen Gebern, die die gesamte Region Europa-Mittelmeer umfassende Programme betreiben, wird im Wege regelmäßiger Sitzungen hoher Beamter der Region Europa-Mittelmeer gewährleistet. Dabei werden die Mitgliedstaaten über laufende und geplante Tätigkeiten auf dem Laufenden gehalten und geben ihr Feedback zu allen von ihnen geplanten einschlägigen Maßnahmen. Die Koordinierung mit einigen der in der Region aktiven IFI wird durch regelmäßige strategische und technische Sitzungen sichergestellt, die im Rahmen des Memorandum of Understanding mit der WB, der EIB und dem IWF abgehalten werden. Mit den Organisationen, die nicht Unterzeichner des MoU sind, werden regelmäßig *Ad-hoc*-Sitzungen abgehalten, die entweder an einem der Sitze dieser Organisationen oder vor Ort stattfinden.

7. DIE REAKTIONSSTRATEGIE DER KOMMISSION

7.1. Allgemeine Grundsätze

Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen in der Region erfordern einen Policy-Mix strategischer Reaktionen.

Politische Reformen

Im politischen Bereich wurden in den letzten Jahren auf regionaler Ebene verschiedene Initiativen im Hinblick auf die Beschleunigung der politischen Reformen eingeleitet, darunter die Veröffentlichung des UNDP-Berichts „Auf dem Weg zur Freiheit in der arabischen Welt“ (2005), die von der Arabischen Liga verabschiedete Erklärung von Tunis und die von verschiedenen arabischen Organisationen der Zivilgesellschaft abgegebene Erklärung von Alexandria. All diese Initiativen sind Reaktionen auf die Anschläge vom 11. September und den Krieg in Irak, durch die die dortigen politischen Regime erheblich unter Druck geraten sind. Doch der wichtigste Impuls für politische Reformen ging natürlich von politischen Kräften innerhalb dieser Länder aus. In mehreren Ländern wurden Fortschritte in Richtung auf freiere Wahlen erzielt. Algerien und Marokko haben Initiativen ergriffen, um der Missachtung der Menschenrechte Einhalt zu gebieten. Allerdings muss in den meisten Ländern in dieser Hinsicht noch vieles geschehen.

Die EU hat dazu beigetragen, den Rhythmus der innenpolitischen Reformen aufrechtzuerhalten bzw. noch zu beschleunigen, und dies nicht durch externen Druck, sondern durch politischen Dialog und Stärkung der einschlägigen politischen Institutionen in den Partnerländern. 2003 veröffentlichte die Kommission zwei Mitteilungen, die Vorschläge für den Einsatz des politischen Instrumentariums der EU zur Förderung grundlegender politischer Reformen enthielten. Dabei ging es unter anderem um die Einsetzung bilateraler Ausschüsse für Demokratie und Menschenrechte und die Bereitstellung zusätzlicher Länderzuweisungen zugunsten der erfolgreichsten Reformländer. Die ab 2004 ausgehandelten ENP-Aktionspläne enthalten verschiedene Kapitel mit in gegenseitigem Einvernehmen aufgestellten spezifischen Reformzielen für die Bereiche Menschenrechte und Grundfreiheiten, Rechtsstaatlichkeit und politische Demokratie. Die Fortschritte bei der Umsetzung dieser Kapitel der Aktionspläne werden von zum Thema Menschenrechte und Demokratie eingesetzten Unterausschüssen überwacht. Die Bewertung der Fortschritte der Partnerländer bei diesen Reformen dient der Erstellung der ENP-Fortschrittsberichte und der Festlegung der zusätzlichen Zuweisungen im Rahmen der Fazilität MEDA-Demokratie und der Governance-Fazilität im Rahmen des ENPI. (Diese Governance-Fazilität wurde auf dem Gipfel von Barcelona gebilligt, ist jedoch nicht Bestandteil eines regionalen oder nationalen Programms, sondern ein Instrument für zusätzliche Länderzuweisungen). Es gibt keine spezifischen bilateralen oder regionalen Programme der Kommission, die unmittelbar auf innenpolitische Reformen ausgerichtet sind. Allerdings stellen verschiedene Programme auf die Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Zivilgesellschaft, rechtsstaatlicher Verhältnisse, von Sicherheit und Gerechtigkeit auf bilateraler und regionaler Ebene ab, wobei einige dieser Maßnahmen Bestandteil dieses Regionalprogramms sind.

Angesichts der steigenden Zahlen illegaler Einwanderer, die versuchen, aus den oder über die Mittelmeerpartnerländer in die EU zu gelangen, wurde eine verstärkte Sicherheitszusammenarbeit zwischen der EU und ihren Partnern eingeleitet. So fand beispielsweise am 10. und 11. Juli 2006 in Rabat eine Ministerkonferenz Europa-Afrika über Migration und Entwicklung statt, auf der eine politische Erklärung und ein

Aktionsplan verabschiedet wurden, in denen auf die Notwendigkeit einer stärkeren Partnerschaft und Kooperation zwischen den Herkunfts-, Transit- und Zielländern der Migrationsströme hingewiesen wurde. Fragen im Zusammenhang mit der Migration werden in Anwendung des Subsidiaritätsprinzips auf nationaler, regionaler und globaler Ebene behandelt.

Wirtschaftliche Reformen

Im Hinblick auf die Verbesserung der Wirtschaftslage in der Region wurde von den meisten Partnerländern eine Strategie interner wirtschaftspolitischer Reformen und der außenwirtschaftlichen Öffnung verfolgt. Zwar wurden in den meisten Ländern Fortschritte in Richtung auf eine makroökonomische Stabilisierung erzielt, doch kommen die strukturellen Reformen – insbesondere in Bezug auf die wirtschaftliche Governance – nur schleppend voran, wie dies an den nur geringfügigen Verbesserungen bei international anerkannten Qualitäts- und Unternehmensführungsindikatoren für die Region deutlich wird. Einige Länder haben beachtliche Fortschritte bei der Reform des Banksektors, der Privatisierung und Umstrukturierung staatlicher Unternehmen und der Verbesserung des Geschäftsklimas erzielt, doch fielen diese Erfolge äußerst unterschiedlich aus und führten in den meisten Ländern zu einer Einstufung unterhalb des Investment-Grade, zu einem sehr geringen Zufluss ausländischer Direktinvestitionen und generell zu einer schwachen Wettbewerbsposition. Die Weltbank, der IWF und sonstige bedeutende in der Region aktive bilaterale Geber, darunter die Europäische Kommission, haben mit Nachdruck auf die Notwendigkeit weiterer und tiefer greifender Wirtschaftsreformen hingewiesen. Seitens der Kommission wurden diese wirtschaftspolitischen Reformen im Wege bilateraler Kooperationsprogramme unterstützt. Dabei handelte es sich beispielsweise um an politische Auflagen geknüpfte Haushaltshilfen und technische Hilfe bei der Durchführung der Reformen. Die verantwortungsvolle Unternehmensführung wird auch im Rahmen der auf die MENA-Region im weiteren Sinne ausgerichteten Initiative der G8, der von der OECD eingeleiteten MENA-Initiative für Governance im Dienste der Entwicklung und des die gesamte Nachbarschaft umfassenden Governance-Programms der OECD gefördert. Die Finanzierung dieses Governance-Programms erfolgt über das ENPI-weite Regionalprogramm.

Den Schwerpunkt des gegenwärtigen Regionalprogramms für den Mittelmeerraum bilden Reformmaßnahmen in Sektoren, in denen Spielräume für regionale Ansätze zur Verfügung stehen, entweder weil bei regionalen Infrastrukturnetzen (Verkehr, Energie, IKT, Umwelt) Kostendegressionen (Economies of Scale) genutzt werden können, und/oder weil durch die regionale Angleichung und Harmonisierung des Regulierungsrahmens für diese Sektoren – insbesondere Harmonisierung mit den Regulierungsstandards der EU im Rahmen der Freihandelsabkommen und der Binnenmarktpolitik im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik - Verbundvorteile (Economies of Scope) entstehen.

Die Öffnung des Außenhandels ist in den letzten zehn Jahren weiter vorangekommen. Fast alle Mittelmeerpartnerländer sind mittlerweile Mitglied der WTO und haben

Freihandelsabkommen mit der EU (die Assoziierungsabkommen) ausgehandelt. Diese Abkommen sind allerdings bisher im Wesentlichen auf Fertigungswaren beschränkt. Inzwischen wurden Verhandlung über ihre Ausweitung auf landwirtschaftliche Erzeugnisse und Dienstleistungen aufgenommen, die wichtige Sektoren für die Mittelmeervolkswirtschaften darstellen. Wie in Abschnitt 4.2 bereits erwähnt wurden bei der Integration des regionalen Handels zwischen den Partnerländern bisher trotz jüngster Bemühungen nur geringfügige Fortschritte erzielt, obwohl sich damit ein bedeutendes Handelspotenzial erschließen könnte. Doch weder die GAFTA der Arabischen Liga noch das enger begrenzte regionale Freihandelsabkommen von Agadir haben sich bisher in nennenswertem Ausmaß auf die wirtschaftliche Integration der Region ausgewirkt.

Reformen in den Bereichen Gesellschaft, Bildung und Kultur

Politische Veränderungen in den Bereichen Gesellschaft, Bildung und Kultur waren Gegenstand intensiver Diskussionen, die zu vielfältigen politischen Initiativen auf nationaler und regionaler Ebene führten. Im kulturellen Bereich waren die auf internationaler Ebene eingeleiteten Maßnahmen im Wesentlichen auf die Förderung des interkulturellen Dialogs ausgerichtet, um auf diese Weise zu Sicherheit und Stabilität beizutragen und einen „Kampf der Kulturen“ zu vermeiden. Im sozialen Bereich steht die Förderung der Organisationen der Zivilgesellschaft, die der Meinungsäußerung und der Vertretung der Interessen der Bürger dienen, im Mittelpunkt. Dies ist sowohl aus der Sicht der arabischen Länder als auch aus europäischer Perspektive ein vorrangiges Anliegen. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter durch entsprechende Gesetzesänderungen, den Einfluss der Organisationen der Zivilgesellschaft und internationale Initiativen. Die Kommission wird über bilaterale Programme verschiedene nationale Maßnahmen und Projekte in diesem Bereich unterstützen. Allerdings haben regionale Ansätze hier den großen Vorteil, dass ein gewisser Gruppenzwang zur Umsetzung von Reformen, aber auch die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch und zur Weitergabe von vorbildlichen Verfahrenspraktiken (Best Practice) entsteht. Regionale Fördernetze zwischen den Mittelmeerpartnerländern können eine politische Hebelwirkung auslösen, die nicht zwangsläufig als von einer anderen Kultur ausgeübter Druck empfunden werden. Daher sind die gegenwärtigen Regionalprogramme für die Mittelmeerregion schwerpunktmäßig auf den kulturellen Dialog und das kulturelle Erbe, auf Kooperations- und Austauschprogramme für Jugendliche, auf die Heranbildung einer aktiven Zivilgesellschaft und die Förderung der Gleichstellung ausgerichtet.

Die meisten Länder haben bereits erhebliche Anstrengungen zur quantitativen und qualitativen Verbesserung des Bildungsangebots der Grund- und weiterführenden Schulen unternommen und umfangreiche entsprechende Investitionen getätigt. Diese Maßnahmen werden von der EU über die nationalen Programme weiter unterstützt. Im Rahmen des das gesamte ENPI umfassenden Regionalprogramms wird der Schwerpunkt stärker auf die Zusammenarbeit und den Austausch im Hochschulbereich gelegt (Tempus und Stipendienprogramm). Dabei geht es nicht nur um die qualitative Verbesserung der Hochschulbildung, sondern auch um die Förderung des interkulturellen Dialogs. Programme zur technischen und beruflichen Bildung und Ausbildung (Technical and

Vocational Education and Training - TVET) würden einen zusätzlichen Beitrag zur Förderung der Humanressourcen in der Region leisten.

7.2. Prioritäten

Die vorstehend behandelten strategischen Fragen und Antworten wurden in verschiedenen Sitzungen im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer und in zahlreichen amtlichen Dokumenten erörtert. Auf dem Gipfel von Barcelona (November 2005) trafen die Partner daraus eine Auswahl vorrangiger Themen und stellten diese zu einem Fünfjahres-Arbeitsprogramm zusammen. Die in diesem Arbeitsprogramm enthaltenen Ziele und Maßnahmen bilden die Grundlage für die regionale Zusammenarbeit Europa-Mittelmeer. Diese Zusammenarbeit findet zum Teil in Form verschiedener regionalpolitischer Sitzungen und Verhandlungen im Rahmen des Barcelona-Prozesses statt (sofern dafür keine bedeutenden Mittel oder technische Hilfe benötigt werden). Für andere Punkte dieses Arbeitsprogramms müssen jedoch auf regionaler Ebene umfangreiche finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Diese Aspekte bilden die Grundlage dieses regionalen ENPI-Programms. Die spezifischen Regionalprogramme umfassen auch ein Monitoring sowie Wirkungsanalysen. Dabei dürfte eine Fülle von Informationen, insbesondere statistische Daten, anfallen. Für den wirksamen Umgang mit diesen Daten werden regionale Koordinierungsmechanismen und integrierte Informationssysteme benötigt. Schließlich wurden einige dieser Maßnahmen dem das gesamte ENPI umfassenden Regionalprogramm zugeordnet, so beispielsweise die Zusammenarbeit und Austauschprogramme im Hochschulbereich und Reformen im Bereich der wirtschaftlichen Governance.

Die Harmonisierung des Regulierungsrahmens und die Anpassung an die EU-Standards im Bereich der gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen (SPS-Übereinkommen) wird für die Liberalisierung des Handels mit Agrarerzeugnissen von ausschlaggebender Bedeutung sein, da die Einhaltung dieser Normen eine unabdingbare Voraussetzung für die Verbringung dieser Erzeugnisse in den EU-Markt ist.

Im Hinblick auf die Bewältigung der Herausforderungen, mit denen die Mittelmeerregion angesichts des zunehmenden Seeverkehrs, des Tourismus in den Küstengebieten, der Entwicklung der Aquakultur, der Umweltverschmutzung, der Verarmung der Fischbestände und der Migrationsströme konfrontiert ist, werden die Mittelmeerpartner zu einer engen Zusammenarbeit und aktiven Beteiligung an der Umsetzung der Seerechtspolitik der EU angehalten.

Darüber hinaus wurden folgende Bereiche für regionale Kooperationsprogramme im Mittelmeerraum ausgewählt:

(a) Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz, Sicherheit und Migration

In diesem Schwerpunktbereich geht es in erster Linie um (a) vertrauensbildende Maßnahmen und (b) Fragen der Justiz, der polizeilichen Zusammenarbeit und der Migration. Die vertrauensbildenden Maßnahmen umfassen Unterstützung bei

Krisenmanagement, Partnerschaft für den Frieden und Zivilschutz sowie bei der Umsetzung eines gemeinsam festgelegten Verhaltenskodex für die Bekämpfung des Terrorismus. Diese Tätigkeiten lassen sich auf bilateraler oder überregionaler Ebene nicht wirksam durchführen.

Das Ziel der Programmkomponente Justiz, Polizei und Migration besteht in einer besseren Zusammenarbeit bei der Steuerung der Migrationsströme zwischen den Herkunfts-, Transit- und Zielländern, in der Stärkung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung und in der Knüpfung von Kontakten und der Bereitstellung von Schulungsmaßnahmen und technischer Hilfe für die Angehörigen der Justiz sowie Polizei- und Strafvollzugsbeamte. Die Steuerung der Migrationsströme durch bessere Grenzkontrollen erfordert eine wirksame Zusammenarbeit zwischen allen Mittelmeeranrainerstaaten und mit den Herkunfts- und Transitländern. Die EU handelt gegenwärtig Rückübernahmeabkommen mit diesen Ländern aus, um die Rückkehr illegaler Einwanderer in ihre Heimatländer zu erleichtern. In Bezug auf die polizeiliche Zusammenarbeit wird der Schwerpunkt des Programms auf der Bekämpfung von Terrorismus, Menschenhandel, Geldwäsche und sonstigen Formen internationaler organisierter Kriminalität liegen. Dazu bedarf es engerer Kontakte und einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz sowohl in der EU als auch in den Mittelmeerpartnerländern. Zur Erreichung dieser Ziele werden unter anderem Schulungen und technische Hilfe für Polizeibedienstete eingesetzt. Die Wirksamkeit der Zusammenarbeit der Polizeidienste und im Bereich Migration wird wiederum von der Unterstützung abhängen, die für die Reform der Justizsysteme und die internationale Zusammenarbeit der Justiz gewährt werden kann. Und nicht zuletzt wird das Programm einen Beitrag zur Regelung grenzübergreifender Streitigkeiten um das Sorgerecht für Kinder leisten. Dabei wird unter Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips gegebenenfalls großer Wert auf die Komplementarität mit dem thematischen Programm zur Migration gelegt. Ab 2010 wird diese Zusammenarbeit auf die afrikanischen Länder südlich der Sahara, aus denen diese Einwanderer stammen, ausgeweitet. Dabei wird gegebenenfalls auf die in den relevanten Finanzierungsinstrumenten vorgesehene Klausel zur transregionalen Zusammenarbeit zurückgegriffen.

(b) Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung

In diesem Schwerpunktbereich geht es in erster Linie um die Förderung der Vollendung der Freihandelszone Europa-Mittelmeer bis zum Jahr 2010 einschließlich der Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (mit flankierenden Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums) und Dienstleistungen. Zwar wird dies weitgehend im Wege verschiedener bilateraler und regionaler Verhandlungen geschehen, doch wird dafür möglicherweise Unterstützung bei der wirtschaftspolitischen Analyse durch regionale Forschungsnetzwerke benötigt. In diesem Zusammenhang soll strategische und technische Hilfe im Hinblick auf den Abschluss von Freihandelsabkommen zwischen den Mittelmeerpartnern bereitgestellt werden. Dabei geht es unter anderem um die Inkraftsetzung des Agadir-Abkommens (zwischen Jordanien, Ägypten, Marokko und Tunesien) und des Pan-Euro-Med-Protokolls über die Ursprungskumulierung zur Förderung der intraregionalen Handelsintegration. Ein besonderes Augenmerk wird ferner auf die Liberalisierung des

subregionalen Handels im Maghreb (Union Maghreb Arabe) und Maschrik (in engem Zusammenhang mit dem Friedensprozess) gerichtet.

Ein zweiter wichtiger Aspekt dieses strategischen Schwerpunkts ist die Förderung der interregionalen Zusammenarbeit im Bereich der Infrastrukturnetze (der „Hardware“-Komponente der Verkehrs-, Energie- und Telekomsektoren) und der Harmonisierung des Regulierungsrahmens und der Angleichung an die EU-Standards in diesen Bereichen (der „Software“-Komponente) einschließlich der Erschließung von Märkten mit Blick auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz. Die „Hardware“-Infrastrukturkomponente wird durch Projektdarlehen der EIB im Rahmen des neuen Finanzierungsmandats für die FEMIP und für die Darlehensvergabe im Rahmen der neuen Nachbarschaft kofinanziert.

Der dritte Aspekt dieses Schwerpunktbereichs ist die Gewährleistung der ökologischen Nachhaltigkeit der Euro-Med-Freihandelszone und die Reform der Umweltstandards und einschlägigen Infrastruktur. Auf dem Gipfel von Barcelona wurden die Partner aufgefordert, sich an der Initiative „Horizont 2020“ zur Umweltsanierung des Mittelmeers zu beteiligen und die Faktoren, die maßgeblich zur Verschmutzung des Mittelmeers beitragen, zu beseitigen. Außerdem verabschiedete die Kommission am 5. September 2006 eine Mitteilung zur Bestimmung einer Umweltstrategie für den Mittelmeerraum (KOM (2006) 475), in der der Rahmen für die Zusammenarbeit der Europäischen Kommission mit der Region auf dem Gebiet des Umweltschutzes abgesteckt wird. Diese Unterlage wird als Leitfaden für die Programmierung der Hilfe im Rahmen des ENPI dienen. Auch hier wird die Infrastrukturkomponente durch Projektdarlehen der EIB im Rahmen des neuen Finanzierungsmandats für die FEMIP und für die Darlehensvergabe im Rahmen der neuen Nachbarschaft kofinanziert.

(c) Soziale Entwicklung und kultureller Austausch

In diesem Schwerpunktbereich geht es um die Förderung des interkulturellen Dialogs und um die Bekämpfung der Vorstellung, dass der „Kampf der Kulturen“ unausweichlich bevorsteht. Dabei sollen kulturelle, soziale und politische Akteure von beiden Seiten des Mittelmeers zusammengeführt werden.

Zweitens wird in diesem Schwerpunktbereich des Regionalprogramms die aktive Beteiligung der Organisationen der Zivilgesellschaft an der Euro-Med-Partnerschaft gefördert und dadurch die Entwicklung der Zivilgesellschaft in den südlichen Mittelmeerländern vorangetrieben und der Gedankenaustausch zwischen den Organisationen der Zivilgesellschaft auf beiden Seiten des Mittelmeers angeregt. Darunter fällt auch die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter durch politische, wirtschaftliche und soziale Maßnahmen, die Stärkung des Dialogs der Jugend und die Unterstützung von Jugendaustausch- und Kooperationsprogrammen.

Schließlich soll im Rahmen dieser Programmkomponente die Rolle der Medien gestärkt werden, um auf diese Weise den interkulturellen Austausch, das gegenseitige Verständnis und die Kommunikation zwischen den verschiedenen Gruppen der Zivilgesellschaft zu fördern.

Dies sind die drei Schwerpunktbereiche, auf die die Mittelmeerprogramme im Rahmen dieses Regionalprogramms vorrangig abzielen. Wie bereits erläutert können sie durch Tätigkeiten im Rahmen bilateraler Programme sowie durch nichtfinanzielle Maßnahmen und Fördermaßnahmen der verschiedenen Institutionen der ENP und des Barcelona-Prozesses (Assoziierungsausschüsse und Unterausschüsse, regionale Minister- und Expertentagungen, Aushandlung von Handelsabkommen usw.) ergänzt werden.

8. REGIONALES RICHTPROGRAMM (2007-2010)

GLOBALE ZUWEISUNG

Neben den nachstehend dargelegten Prioritäten und Programmen wird die Gemeinschaftsfinanzierung nach Maßgabe von Artikel 16 der ENPI-Verordnung auch die Kosten für die Vorbereitung, Überwachung, Kontrolle und Bewertung der Maßnahmen abdecken, die für die Durchführung der Regionalen und Nationalen Richtprogramme und die Verwirklichung ihrer Ziele unmittelbar erforderlich sind, wie z.B. Ausgaben für Studien, Sitzungen und Informationstätigkeiten sowie für Netzwerke und Plattformen, aber auch Maßnahmen zur Sensibilisierung, Veröffentlichung und Fortbildung.

PRIORITÄT Nr. 1:

ZUSAMMENARBEIT IN DEN BEREICHEN POLITIK, JUSTIZ, SICHERHEIT UND MIGRATION

VERTRAUENSBLDENE MASSNAHMEN: ZIVILSCHUTZ

A. KONTEXT UND BEGRÜNDUNG

Das erste Projekt zur Förderung der Zusammenarbeit im Bereich des Zivilschutzes, das Pilotprogramm für die Schaffung eines Systems für Migration, Vermeidung und Bewältigung von Naturkatastrophen und vom Menschen verursachten Katastrophen in der Region Europa-Mittelmeer, war 1996 im Rahmen des Barcelona-Prozesses initiiert und gemeinsam von Ägypten und Italien auf den Weg gebracht worden. Während sich das Pilotprojekt (1996-2004) auf Schulung und Information, Networking der Zivilschutzschulen, Austausch von Zivilschutzexperten und Technische Hilfe konzentrierte, wurden mit dem Bridge-Programm (2005-2007) neue und ehrgeizigere Ziele aufgestellt, nämlich Risikovermeidung, Informationen für die Öffentlichkeit und Ermittlung von Maßnahmen zur Erleichterung von Amtshilfeersuchen im Falle größerer Notfallsituationen und langfristige Konsolidierung des Zivilschutzsystems Europa-Mittelmeer.

Die Notwendigkeit einer weiteren Stärkung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zivilschutzes und der Vermeidung von Naturkatastrophen wurde auf dem Gipfel von Barcelona (November 2005) als eine vertrauensbildende Maßnahme erkannt, die besonders für das erste Kapitel der Erklärung von Barcelona (politische und sicherheitspolitische Partnerschaft: Schaffung eines gemeinsamen Raums des Friedens und der Stabilität) relevant ist.

In diesem Zusammenhang wird ein langfristig angelegtes Projekt (2008-2013) zum Aufbau eines wirksamen und nachhaltigen Systems für den Raum Europa Mittelmeer durchgeführt, mit dem Naturkatastrophen oder vom Menschen verursachte Katastrophen abgemildert, verhütet und bekämpft werden können, wobei der besondere Schwerpunkt auf der sub-regionalen Dimension der Zusammenarbeit liegen wird.

B. ZIELSETZUNGEN

Mehrere Mittelmeerpartnerländer sind besonders anfällig für Katastrophen. Hauptziel des langfristig angelegten Programms ist daher der Aufbau eines regionalen Zivilschutzsystems, mit dem Naturkatastrophen oder vom Menschen verursachte Katastrophen wirksam verhütet werden können bzw. man ansonsten darauf vorbereitet ist und wirksam reagieren kann. Das System für die Region Europa-Mittelmeer wird eng mit den auf europäischer Ebene bestehenden Zivilschutzsystemen wie dem Gemeinschaftlichen Zivilschutzmechanismus verknüpft werden. Es fügt sich damit in den Barcelona-Prozess ein, der auf die Schaffung eines vom Vertrauen geprägten Verhältnisses durch eine engere Zusammenarbeit und gegenseitige Maßnahmen von Regierungen, der Zivilbevölkerung und der verschiedenen betroffenen Institutionen ausgerichtet ist.

C. ERWARTETE ERGEBNISSE

Das langfristig angelegte Programm wird dazu beitragen, dass der Zivilschutz in der Region sowohl institutionell als auch operationell besser auf Katastrophen reagieren kann. Dadurch ist bei größeren Katastrophen wie Naturkatastrophen, gesundheitlichen Bedrohungen, technologischen, radiologischen oder ökologischen Unfällen einschließlich Meeresverschmutzung ein wirksamerer Schutz für die Bevölkerung, aber auch für Umwelt und Eigentum einschließlich des kulturellen Erbes gewährleistet.

D. ERFOLGSINDIKATOREN

Umsetzung einer echten operationellen Hilfe zwischen allen Mittelmeerländern, die dem gleichen Risiko ausgesetzt sind. Schaffung eines Kommunikations- und Übertragungsnetzes für alle Mittelmeerländer. Mit Hilfe dieses Netzes können alle nationalen operationellen Zivilschutzzentren leichter zu einem Netzwerk

zusammengeschaltet werden. Förderung der Freiwilligeneinsätze in allen Mittelmeerländern und Schutz der „gefährdeten“ Bevölkerung im Falle größerer Katastrophen. Förderung von Frauen in den Zivilschutzorganisationen im Wege der Konzeption spezifischer Maßnahmen.

E. KURZE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMS

Das Langzeitprogramm ist auf die Vermeidung und die Bewältigung von Katastrophen ausgerichtet, wobei nach folgendem Konzept verfahren wird:

- Verhütung
- Risikominderung
- Vorbereitungsmaßnahmen (einschließlich Katastrophenschutzplanung)
- Reaktionsbereitschaft in Fall einer Katastrophe
- Rückkehr zur Normalität (Erholungs- und Wiederaufbauphase nach der Krisenbewältigung).

Die wichtigsten thematischen Komponenten umfassen die Hauptrisiken im Zusammenhang mit allgemeinen Gefahren, die die Mitgliedstaaten und ihre Partner als die Hauptursachen für Naturkatastrophen und vom Menschen verursachte Katastrophen ermittelt haben.

Diese einvernehmlich angenommene Liste von Risiken und Gefahren umfasst im Einzelnen die folgenden Elemente:

- Erdbebenrisiko
- von Tsunamis ausgehende Risiken
- Hydro-geologische Ereignisse (insbesondere Sturzfluten)
- Waldbrände
- Brände in Wohngebieten und Industrieanlagen, insbesondere in petrochemischen Betrieben
- Gesundheitsrisiken (Epidemien, Pandemien).

Die Tätigkeiten, die im Laufe des Langzeitprogramms durchgeführt werden sollen, umfassen die folgenden Komponenten, deren Umfang erweitert werden sollte:

- Übungsworkshops, Seminare und Schulungskurse
- Austausch von Sachverständigen
- Stärkung der Zusammenarbeit auf subregionaler Ebene (zwischen den südlichen Ländern)
- Technische Hilfe
- operationelle Hilfe falls erforderlich
- Aufbau eines Netzes nationaler Schulen für den Zivilschutz
- Katastrophenschutzübungen für nicht spezialisiertes Personal.

VERTRAUENSBLDENE MASSNAHMEN: PARTNERSCHAFT FÜR DEN FRIEDEN

A. KONTEXT UND BEGRÜNDUNG

Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Barcelona im März 2002 zum Friedensprozess im Nahen Osten stellten besonders auf die Notwendigkeit einer Förderung direkter Kontakte und eines Dialogs zwischen den beteiligten Parteien ab. Die Tätigkeit der Zivilgesellschaft gilt sowohl in der israelischen als auch in den arabischen Gesellschaften als wichtiges Instrument zur Schaffung einer breiteren Grundlage für den Friedensprozess im Nahen Osten und könnte die offiziellen Verhandlungen unterstützen, sobald diese wieder aufgenommen werden. Projekte, die im Rahmen des Programms Partnerschaft für den Frieden unterstützt wurden, sind in der Presse auf große Beachtung gestoßen. Dadurch wurden Israelis und Palästinenser mit Botschaften des Friedens, der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Verständnisses konfrontiert. Außerdem gilt es die Zusammenarbeit zwischen offiziellen Stellen in Israel, der Westbank und im Gaza-Streifen sowie in Jordanien zu Themen zu fördern, die für den Friedensprozess relevant sind. Dafür kommen Umweltfragen, Handel und andere Themen in Betracht, die von den Sachverständigen auf diesen Gebieten behandelt werden können.

B. ZIELSETZUNG

Beitrag zur Erfüllung der Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme des Friedensprozesses und Schaffung einer soliden Grundlage auf der Ebene der Zivilgesellschaft und auf Regierungsebene für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten im Wege der Stärkung und des Ausbaus direkter Beziehungen im Bereich der Zivilgesellschaft und einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen Agenturen und Regierungen auf der Grundlage der Gleichheit und gegenseitigen Achtung zwischen Arabern/Palästinensern und Israelis, einschließlich der arabisch-palästinensischen Minderheit in Israel.

C. ERWARTETE ERGEBNISSE

Die im Rahmen des Programms geförderten Initiativen dürften im Wege einer Stärkung der Zivilgesellschaft und anderer transnationaler Beziehungen zur Schaffung von Vertrauen in den einzelnen Gesellschaften und zwischen diesen Gesellschaften beitragen. Im Hinblick auf eine breitere Unterstützung des Friedensprozesses sollte insbesondere auf die öffentliche Meinung geachtet werden. Die Ergebnisse der Projekte dürften faktische/fachliche Informationen zutage fördern und sich in den politischen Verhandlungen als hilfreich bei der Suche nach Lösungen und Strategien sowohl auf europäischer Seite als auch für die Parteien in der Region herausstellen, aber auch für die konkrete Zusammenarbeit zwischen den Parteien bei Themen von gemeinsamem Interesse hilfreich sein, insbesondere bei den in den Aktionsplänen der Europäischen Nachbarschaftspolitik genannten Themen.

D. ERFOLGSINDIKATOREN

- Steigende Anzahl neuer Anträge
- Steigende Anzahl gemeinsamer israelisch- palästinensischer/arabischer Projekte
- Steigende Anzahl israelisch/arabischer Kooperationsprojekte zwischen öffentlichen oder privaten Stellen, die auf die Schwerpunktsetzungen in den Aktionsplänen der Europäischen Nachbarschaftspolitik ausgerichtet sind.
- Zunehmendes Bewusstsein in der Öffentlichkeit um die Arbeit der Friedens-NRO.

E. KURZE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMS

1997 empfahl der Europäische Rat von Luxemburg der EU, Initiativen der Zivilgesellschaften im Nahen Osten als wesentliches Mittel zur Stärkung des Dialogs und zur Schaffung von gegenseitigem Vertrauen zwischen den auf der Ebene der Zivilgesellschaft engagierten Parteien zu unterstützen. Bis 1998 waren einige Projekte für intensivere Kontakte auf der Ebene der Bürger (People-to-People-Projekte) aus unterschiedlichen Haushaltlinien unterstützt worden.

Zur stärkeren Konzentration der Unterstützung auf die Zivilgesellschaft, die sich in der Region aktiv für den Frieden einsetzt, hat die Europäische Kommission beschlossen, ein eigenes Programm für intensivere Kontakte der Bevölkerung (People to People) einzurichten. Das EU-Programm Partnerschaft für den Frieden, das 2002 als Nachfolger des „People to People Programms“ eingeführt wurde, zielt auf die Förderung von Initiativen in Bereichen ab, in denen sich aller Wahrscheinlichkeit nach Auswirkungen auf das tägliche Leben und Wohlergehen der Bürger ergeben. Dazu gehören auch praktische Aktivitäten, anhand derer die Vorteile gemeinsamen Handelns zum beiderseitigen Nutzen und im Hinblick auf greifbare Ergebnisse deutlich werden, und die somit die Kommunikation und das gegenseitige Verständnis fördern.

Die Kommission wird im Wege des Aktionsplans der Nachbarschaftspolitik mit Israel, den Palästinensern und Jordanien auch die Zusammenarbeit auf der subregionalen Ebene fördern.

JUSTIZ, SICHERHEIT UND MIGRATION (JSM)

A. KONTEXT UND BEGRÜNDUNG

Das „Rahmendokument“ von Valencia vom April 2002 stellte eine einschneidende Zäsur dar. Seither sind rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Bekämpfung des organisierten Verbrechens und des Terrorismus sowie das Thema Migration sowohl auf bilateraler als auch auf regionaler Ebene grundlegende Elemente in den Beziehungen Europa-Mittelmeer. Auf dem Gipfel von Barcelona vom 27. und 28. November 2005

wurde das Fünfjahres-Arbeitsprogramm und der Verhaltenskodex im Bereich der Bekämpfung des Terrorismus angenommen, die sich auf diese Themen beziehen, die eine gemeinsame Besorgnis aller Mitglieder der Partnerschaft Europa-Mittelmeer darstellen und die es global und nach einem integrierten Ansatz anzugehen gilt. Zum Thema Migration wurde in der Mitteilung der Kommission vom 30. November 2005 zu den „Folgebemaßnahmen von Hampton Court“ ein globaler Ansatz angenommen, der sowohl die Aspekte der Sicherheit als auch die der Entwicklung umfasst. Diese Sichtweise der Dinge wurde auch in die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von 15. und 16. Dezember 2005 und in die Schlussfolgerungen der Euro-Afrikanischen Konferenz über Migration und Entwicklung in Rabat von 8. – 10. Juli 2006 aufgenommen.

Das Regionalprogramm der Europäischen Nachbarschaftspolitik – Justiz, Sicherheit und Migration (JSM) (Zeitraum 2010-2013 – 15 Millionen Euro) stellt eine flexible und konkrete Reaktion auf diese Besorgnisse dar, und obwohl dieses Programm eine Fortführung des im Rahmen von MEDA Erreichten darstellt, bildet es doch einen weiteren Schritt im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik.

B. ZIELSETZUNGEN

Bei diesem Programm geht es um die Konsolidierung der Ergebnisse, die mit den Regionalprogrammen MEDA-JFS 1 und 2 erzielt wurden, und um die Umsetzung des in Barcelona angenommenen Fünfjahres-Arbeitsprogramms und des Verhaltenskodex im Bereich Bekämpfung des Terrorismus. Das Kapitel „Migration“ bildet neben Justiz und Sicherheit eines von drei Kapiteln in diesem Programm und ergänzt das thematische Programm, weshalb es auch in Abstimmung mit diesem durchgeführt wird.

Justiz

- Unterstützung bei der Reform der Justiz einschließlich der Modernisierung und der Effizienz der Justizverwaltung und Erleichterung des Zugangs der Bürger zur Justiz.
- Verbesserung der justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen einschließlich mit den europäischen Organisationen (z.B. Eurojust) und Erleichterung der Aufgaben der Verbindungsrichter/-staatsanwälte.
- Zusammenarbeit im Bereich des Familienrechts einschließlich zur Lösung von Problemen, die sich aus der Trennung von Mischehen und dem Sorgerecht für die Kinder ergeben.

Sicherheit

- Bekämpfung der organisierten Kriminalität sowie von Drogenhandel, Geldwäsche und Menschenschmuggel/-handel.
- Bekämpfung des Terrorismus und Umsetzung des Verhaltenskodex.
- Verbesserung der Zusammenarbeit einschließlich mit den europäischen Organismen (z.B. Europol) und Erleichterung der Aufgaben der Verbindungsbeamten.

Migration

- Verbesserung der Kenntnis des Migrationsphänomens durch vertiefende Untersuchungen und Einrichtung von Netzwerken.
- Steuerung der Migration und Grenzmanagement, Kontrolle der Seegrenzen und Überwachung von Rettungsaktionen auf hoher See.
- Bekämpfung der illegalen Migration in Partnerschaft mit den Herkunfts- und Durchreiseländern.
- Schutz und Asyl einschließlich Anwendung der internationalen Übereinkommen.
- Förderung der Kanäle für die legale Zuwanderung; Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte.
- Förderung der Synergieeffekte zwischen Migration und Entwicklung

C. ERWARTETE ERGEBNISSE

Allgemeine Ergebnisse:

- Konsolidierung der Euromed-Netze in den Bereichen Justiz, Polizei und Migration;
- Fortsetzung der Schulung und gemeinsamen Ermittlung von Best Practice;
- Festlegung und Einrichtung von Kontaktstellen und Übergang zum operationellen Stadium.

Ergebnisse im Bereich Justiz und Sicherheit:

- Mechanismen der Zusammenarbeit im Bereich des Straf- und Zivilrechts, die den Zugang zur Justiz, eine funktionierende Verwaltung und die Lösung transnationaler Familienkonflikte sowie die Umsetzung der einschlägigen internationalen Übereinkommen erleichtern;
- Ausbau der justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit im Euro-Mittelmeerraum (auch mit den europäischen Organismen/Agenturen wie Europol, Eurojust, CEPOL) im Kampf gegen das organisierte Verbrechen und den Terrorismus und Umsetzung des Verhaltenskodex;
- Indirekte Auswirkungen auf die Reformen der Justiz und des Rechts, die in verschiedenen MEDA-Ländern im Gang sind.

Ergebnisse im Bereich Migration:

- Konsolidierung der Untersuchung und Beobachtung des Migrationsphänomens und Unterstützung der politischen Diskussion über diese Themen;
- Operationelle Nord-Süd und Süd-Süd-Zusammenarbeit einschließlich Grenzmanagement;
- Schutz der Zuwanderer/Asylsuchenden in Einklang mit den internationalen Übereinkommen;
- Unterstützung der sozialen Integration der Wanderarbeiter und ihrer Familien.

D. ERFOLGSINDIKATOREN

- Teilnahme der Partnerländer an Schulungsmaßnahmen und Austausch von Beispielen für Best Practice;
- Anzahl der internationalen Rechtsakte, die von den Justizbehörden der betroffenen Länder erlassen oder entgegengenommen wurden (Rechtshilfeersuchen, Ermittlungen, Informationsaustausch,...);
- Anzahl der Treffen von hochrangigen Rechtsexperten;
- Anzahl der Befassungen von Kooperationsstrukturen im Zivilrechtsbereich, insbesondere im Rahmen der Beilegung von grenzübergreifenden familienrechtlichen Konflikten;
- Verfügbarkeit von Informations- und anderen Austauschmöglichkeiten für die Rechtssachverständigen der betroffenen Länder;
- Anzahl der Referenztexte („Charta“, Best-Practice-Leitfäden, Schlussfolgerungen von Seminaren,...) sowie Sammlungen mit Angaben zur Funktionsweise der Institutionen der Justiz und der Polizei sowie Anzahl der verbreiteten wissenschaftlichen Studien zum Thema Migration;
- Anzahl der Vorbereitungssitzungen und –seminare;
- Einschaltung der europäischen Organismen der justiziellen Zusammenarbeit: Europol, Cefpol, Eurojust, Frontex.

E. KURZE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMS

Das zukünftige Programm ENPI-JSM basiert auf den ersten Erfahrungen mit den Phasen I und II des Programms MEDA-JI und dient der optimalen Nutzung dieser fachlichen Netze. Darüber hinaus sollen neue Aktionen durchgeführt werden, die sich aus dem Fünfjahres-Arbeitsprogramm und dem Verhaltenskodex für die Bekämpfung des Terrorismus ergeben, die in Barcelona angenommen wurden.

Die Aktionen sind hauptsächlich auf die nachstehend aufgeführten Bereiche ausgerichtet:

Justiz: Unterstützung bei Reformen des Justizsystems, Verbesserung der justiziellen Zusammenarbeit im zivil- und strafrechtlichen Bereich, Zusammenarbeit im Bereich des Familienrechts;

Sicherheit: Kampf gegen das organisierte Verbrechen, Kampf gegen den Terrorismus, Umsetzung des Verhaltenskodex, Verbesserung der Zusammenarbeit.

Migration: Verbesserung des Kenntnisstands zu den Erscheinungsformen der Migration; Steuerung von Migrationsströmen und Grenzmanagement, Bekämpfung der illegalen Zuwanderung, Schutz und Asyl, legale Zuwanderung und Mobilität der Arbeitnehmer, Migration und Entwicklung.

STRATEGIEPOLITISCHE ANALYSE

ANALYSE DER STRATEGIEPOLITISCHEN UND SICHERHEITSPOLITISCHEN ASPEKTE UND NETZWERK DER POLITIKWISSENSCHAFTLICHEN FORSCHUNGSINSTITUTE

A. KONTEXT UND BEGRÜNDUNG

Die geringsten Fortschritte im Rahmen des Barcelonaprozesses sind bisher im politischen und sicherheitspolitischen Bereich zu verzeichnen, was hauptsächlich auf die anhaltenden Spannungen und den Konflikt in der Mittelmeerregion zurückzuführen ist. Das von der Studienkommission Europa-Mittelmeer (EuroMeSCo) aufgebaute Netzwerk der außenpolitischen Forschungsinstitute hat sich jedoch als eine der wenigen erfolgreichen Maßnahmen zum Aufbau von Partnerschaften erwiesen. Auf allen Außenministerkonferenzen Europa-Mittelmeer hat man sich stets für die Aufrechterhaltung derartiger Maßnahmen ausgesprochen.

B. ZIELSETZUNG

Konsolidierung und Ausbau des Netzwerks der außenpolitischen Forschungsinstitute Europa-Mittelmeer.

C. ERWARTETE ERGEBNISSE

Das Netzwerk wird einen Arbeitsplan für die nächsten drei Jahre mit den angepeilten Ergebnissen aufstellen. Der Arbeitsplan sollte die Bemerkungen der hohen Beamten berücksichtigen, die für den politischen und sicherheitspolitischen Dialog Europa-Mittelmeer zuständig sind. Dieser Dialog umfasst in der Regel folgende Aspekte:

- Eine Reihe von Themen, die in Arbeitsgruppen der außenpolitischen Institute in Einklang mit den Hauptthemen des politischen und sicherheitspolitischen Dialogs der hohen Beamten erörtert werden sollen, wie die Bekämpfung des Terrorismus, der Kampf gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Anstrengungen zur Förderung der Einhaltung der Menschenrechte und des Demokratisierungsprozesses sowie übergreifende Themen wie die Rolle der subregionalen Zusammenarbeit, die Beziehungen zu anderen relevanten Foren (NATO, OSZE, Mittelmeer-Forum, Western Mediterranean Dialogue) und Komplementarität zwischen regionalen und bilateralen Maßnahmen;
- Maßnahmen zur Förderung der Wahrnehmbarkeit des Netzwerks – Website, Veröffentlichungen, Sitzungen, usw.;
- Maßnahmen zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Netzes, einschließlich Gewinnung von Instituten aus allen 27 Mitgliedstaaten für die Mitarbeit im Netzwerk und Tätigkeitsprogramm;

- Abhaltung von Jahreskonferenzen, Arbeitsgruppen, Seminaren zu speziellen Themen und Treffen mit hohen Beamten.

D. ERFOLGSINDIKATOREN

- Erstellung eines kohärenten Tätigkeitsprogramms
- Anzahl der neuen Institute aus den 27 Mitgliedstaaten, die in das Netzwerk aufgenommen werden
- Abhaltung einer Jahreskonferenz
- Einrichtung eines Lenkungsausschusses
- Anzahl der abgehaltenen Sitzungen, Arbeitsgruppen und Seminare
- Anzahl der Veröffentlichungen und Newsletter (in Papierform / elektronischer Form)
- Verbesserung der Website und Anzahl der Aufrufungen der Website
- Anzahl der Vorschläge, die von den hohen Beamten aufgegriffen werden.

E. KURZE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMS

Das EuroMeSC-Netzwerk der außenpolitischen Forschungsinstitute Europa-Mittelmeer wurde 1996 in Sesimbra ins Leben gerufen und dient der Förderung der Zusammenarbeit zwischen diesen Instituten bei der Erörterung von Themen, die mit der politischen und sicherheitspolitischen Partnerschaft zusammenhängen. Es ist ein unabhängiges Netz, geht jedoch auf die Sitzungen der hohen Beamten zum politischen und sicherheitspolitischen Dialog ein. Es betreibt eine Website mit Informationen zu seinen Arbeiten, hält Sitzungen und Konferenzen im Einklang mit seinem Arbeitsprogramm ab und nimmt Veröffentlichungen zu diesem Programm vor.

2005 führte die Kommission eine Ausschreibung zur Unterstützung des neuen Netzwerks der außenpolitischen Forschungsinstitute Europa-Mittelmeer durch. Den Zuschlag erhielt das EuromeSCo-Netzwerk, mit dem im Oktober 2005 ein Vertrag über fünf Jahre geschlossen wurde. Das derzeitige von der EG-Kommission unterstützte Netzwerk besteht aus mehr als 50 Mitgliedern von beiden Seiten des Mittelmeerraums.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE UND NETZWERK DER WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN FORSCHUNGSINSTITUTE

A. KONTEXT UND BEGRÜNDUNG

Im Rahmen der wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte des Barcelona Prozesses unterstützte die EG von 1998 bis 2005 das FEMISE-Netzwerk (Forum der wirtschaftswissenschaftlichen Institute Europa-Mittelmeer), das mit umfangreichen Forschungsarbeiten zur Partnerschaft Europa-Mittelmeer beigetragen hat, was den

politischen Dialog erleichtert und den Kenntnisstand über die wirtschaftliche Entwicklung der Region verbessert hat.

Das FEMISE-Netzwerk umfasst inzwischen mehr als 50 Mitglieder (Wirtschaftsforschungsinstitute) aus allen 27 Partnerländern des Barcelona-Prozesses.

2005 führte die Kommission eine Ausschreibung zur Unterstützung des neuen Netzwerks der Wirtschaftsforschungsinstitute Europa-Mittelmeer durch. Im Oktober wurde der Vertrag mit dem FEMISE-Netzwerk für einen Zeitraum von 5 Jahren unterzeichnet. FEMISE wird im Rahmen des MEDA-Regionalprogramms von der Europäischen Kommission unterstützt und wird gegenwärtig vom Institut de la Méditerranée (Frankreich) und vom Economic Research Forum (Ägypten) gemeinsam geleitet.

B. ZIELSETZUNG

Konsolidierung und Ausbau des Netzwerks der Wirtschaftsinstitute Europa Mittelmeer, insbesondere durch Einbeziehung von Wirtschaftsinstituten aus den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

C. ERWARTETE ERGEBNISSE

1. Mitwirkung an der Stärkung des Dialogs über Wirtschafts- und Handelsfragen der Partnerschaft, insbesondere zwischen ausgewählten Mitgliedsinstituten des Netzes, einschlägigen Ministerialbeamten der Mittelmeerpartnerländer und Vertretern der Kommission;
2. Überwachung des Fortschritts der Mittelmeerpartnerländer auf ihrem Weg zum wirtschaftlichen Übergangsprozess und der Öffnung, insbesondere im Hinblick auf Freihandel und Süd/Süd-Zusammenarbeit und die neue Nachbarschaftspolitik;
3. Weitere wirtschaftliche Forschungsarbeiten zu vorrangigen Themen der Partnerschaft.

Zu den Hauptaktivitäten des zukünftigen Netzes gehört die sozioökonomische Forschung zu Themen, die für die Zukunft der Region Europa Mittelmeer als vorrangig erklärt werden. Die Ergebnisse werden auf Regierungsebene den Partnern des Barcelona-Prozesses vorgelegt. Dabei handelt es sich insbesondere um folgende Themen:

- Wirtschaftlicher Übergangsprozess und Reformen;
- Liberalisierung des Bereichs Landwirtschaft;
- Politische Konzepte für die ländliche Entwicklung;
- Entwicklung und der Umgang mit der Armut;
- Strategien zum Thema Gesundheit und Arbeit;
- Allgemeine und berufliche Bildung und die Rolle von Frauen in einem Unternehmen;

- Integration und Kooperation zwischen den Ländern des südlichen Mittelmeerraums;
- Die Rolle des Staates.

D. ERFOLGSINDIKATOREN

- Aufstellung eines kohärenten Tätigkeitsprogramms;
- Anzahl der zur Mitarbeit gewonnenen Mitglieder aus den 27 Mitgliedstaaten;
- Abhaltung der Jahreskonferenzen;
- Anzahl der abgehaltenen Sitzung;
- Anzahl der veröffentlichten Forschungsarbeiten, Newsletter (in Papierform / elektronischer Form) und veröffentlichten Artikel;
- Einsetzung eines Lenkungsausschusses;
- Verbesserungen auf der Website und Anzahl der Aufrufungen der Website;
- Anzahl der Vorschläge, die auf den Sitzungen des wirtschaftlichen Dialogs aufgegriffen werden.

E. KURZE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMS

Finanzierung sozioökonomischer Forschungsarbeiten

Eines der Hauptziele des zukünftigen Netzwerks von Wirtschaftsforschungsinstituten der Partnerschaft Europa-Mittelmeer besteht in der Erforschung der seit November 1995 erfolgten Umsetzung der wirtschaftlichen Aspekte der Partnerschaft Europa-Mittelmeer.

Erstellung von Länderprofilen

Zu den Tätigkeiten des Netzwerks gehört auch die Erstellung von Länderprofilen.

Ziel dieses Moduls ist die Überwachung der Fortschritte der zehn Mittelmeerpartner auf ihrem Weg des wirtschaftlichen Übergangs und der Öffnung, insbesondere im Hinblick auf die Freihandelszone Europa-Mittelmeer und die Süd/Süd-Zusammenarbeit.

Pro Land wird ein Dokument angelegt, veröffentlicht und online auf der Website des Netzwerks zugänglich gemacht. Daneben wird eine allgemeine Überwachung der Lage in den Mittelmeerpartnerländern mit Hilfe einer quantitativen und qualitativen Mehr-Kriterien-Analyse insbesondere unter Verwendung der zuverlässigsten internationalen statistischen Daten durchgeführt.

Abhaltung internationaler Konferenzen

Das Konsortium, das den Zuschlag erhält, organisiert Jahreskonferenzen, die sich auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und der Mittelmeerregion im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik konzentrieren. Auf diesen Konferenzen sollen insbesondere die Arbeiten diskutiert werden, die von den Mitgliedern des Netzwerks durchgeführt werden sollen. Gleichzeitig soll für eine möglichst weite Verbreitung dieser Arbeiten gesorgt werden.

Jahresberichte

Die Koordinatoren des Netzwerks erstellen einen Bericht und legen darin eine Zusammenfassung der Analysen und Vorschläge des Netzwerks vor.

Dieser Bericht umfasst sämtliche Forschungsthemen des Netzwerks. Zu jedem Thema geht der Bericht auf folgende Aspekte ein:

- Die wichtigsten Fragen, die sich bei einem Thema stellen, und ihre Erörterung;
- Die Analysen, die sich aus den Studien des Netzwerks ergaben;
- Die wirtschaftlichen Empfehlungen für die Partnerschaft Europa-Mittelmeer.

Diese Berichte werden in englischer und französischer Sprache erstellt und in die Internet-Website des Netzwerks gestellt.

Förderung der Verbreitung von Informationen und Studien über die wirtschaftliche Dimension der Partnerschaft Europa-Mittelmeer.

Das Netzwerk wird auch für die Koordinierung der Website als Hauptinformationskanal sorgen, über den Daten und verschiedene im Zuge der Tätigkeit des Netzwerks erstellte Berichte verbreitet werden können.

PRIORITÄT Nr. 2:

NACHHALTIGE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

INVESTITIONSFÖRDERUNG UND BESCHLEUNIGUNG DER REFORMTÄTIGKEIT ZUR ANLOCKUNG VON INVESTITIONEN

A. KONTEXT UND BEGRÜNDUNG

Die Stabilität der Mittelmeerregion hängt von einem starken Wirtschaftswachstum und dieses wiederum weitgehend von Privatinvestitionen ab. Zwar ist es relativ leicht, öffentliche Investitionsprogramme aufzulegen, wesentlich schwieriger ist es jedoch, die private Investitionstätigkeit anzukurbeln, die sich aus zahlreichen, dezentralisierten und autonomen Entscheidungsprozessen ergibt.

Unternehmen investieren nicht auf Befehl, sondern weil sie überzeugt sind, dass die Mittelmeerregion Zukunft hat. Daher gilt es

- das Geschäftsklima und insbesondere das Investitionsklima zu verbessern und die Reformvorhaben in den entsprechenden Ländern beschleunigt durchzuführen. Dabei gilt es auch die Ergebnisse der Programme „Anima“, „Euromed Marché“ mit zu berücksichtigen und die Programme der Umsetzung der Assoziierungsabkommen zu beachten;
- darauf zu achten, dass bei dem zukünftigen Programm die Ergebnisse der laufenden Ermittlungsmission für ein regionales MEDA-Investitionsförderungsprogramm berücksichtigt werden;
- KMU zu ermutigen, Projekte in den Maghreb- oder Maschrik-Staaten zu prüfen;
- Das Image der Region für ausländische Investoren zu verbessern;
- Unternehmer und das Bankensystem der Region dazu zu bewegen, ihr Kapital stärker in Produktivvorhaben zu investieren;
- die Finanzmittel stärker zu nutzen, die sich durch die Auslandsüberweisungen der Zuwanderer ergeben.

Auf dem Gipfel von Barcelona vom 27.-28. November 2005 wurde bestätigt, welche Bedeutung die Partner des Raums Europa-Mittelmeer den Investitionen als Motor für mehr Wachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beimessen. Nach dem auf dem Gipfel angenommenen Fünfjahres-Arbeitsprogramm sollen die Mitglieder der Partnerschaft Europa-Mittelmeer die Investitionstätigkeit in der Region intensivieren und in diesem Sinne regionale Programme und Netzwerke unterstützen. Sie setzen dazu eine Ad-hoc-Gruppe mit dem Auftrag ein, Wege zur Intensivierung der Investitionsströme in der Mittelmeerregion zu prüfen und dafür zu sorgen, dass die ersten Erfolge Folgemaßnahmen nach sich ziehen.

B. ZIELSETZUNGEN

Übergeordnetes Ziel eines Regionalprogramms ist die Förderung der Investitionstätigkeit und die Beschleunigung der Reformen zur Schaffung eines investitionsfreundlichen wirtschaftlichen Umfelds in den Mittelmeerpartnerländern.

Bei diesem Programm werden die Ergebnisse der Folgenabschätzung unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit der Einrichtung einer Freihandelszone sowie die Strategie einer nachhaltigen Entwicklung des Mittelmeerraums berücksichtigt, wobei insbesondere die Investitionen gefördert werden sollen, die nicht zu einer weiteren Verschlimmerung der Umweltverschmutzung oder der Wasserknappheit, mit dem die Mittelmeerregion konfrontiert ist, beitragen dürften.

C. ERWARTETE ERGEBNISSE

Ein regionales Investitionsförderungsprogramm könnte zu folgenden Ergebnissen beitragen:

- Steigerung der Anzahl der Investitionsprojekte;
- Verstärkter Zustrom von Auslandsdirektinvestitionen (im 3-Jahres-Durchschnitt);

- Beitrag zur direkten oder indirekten Entstehung von neuen Arbeitsplätzen (diese Schätzung ist am schwierigsten zu bestimmen und zu messen).

D. ERFOLGSINDIKATOREN

Erfolg oder Scheitern eines Investitionsförderungsprogramms kann mit den vorstehend angegebenen Größen gemessen werden (Zustrom von Auslandsdirektinvestitionen, Anzahl der registrierten Projekte, direkt oder indirekt entstandene neue Arbeitsplätze), jedoch auch mit Hilfe von sektorspezifischen qualitativen Indikatoren (z.B. Auswirkungen von Schulungsmaßnahmen, Veröffentlichungen...) oder globalen Indikatoren (effektive Übertragung der Steuerung eines Regionalprogramms auf die begünstigten Länder, Verantwortungsbewusstsein und Effizienz der nationalen oder lokalen Investitionsförderungsagenturen, Verbesserung des Investitionsklimas, neues wirtschaftliches Image der Region, wirtschaftliche Integration Nord/Süd durch gemeinsame Industrieprojekte, etc.).

E. KURZE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMS

Zur Erreichung der Ziele könnte man im Rahmen des Programms technische Hilfe, Schulungsmaßnahmen und Projektförderungsmaßnahmen vorsehen, die im Wesentlichen auf folgende Aspekte ausgerichtet sein könnten:

- Wandel des Image der Region bei Investoren und Konzeption einer konzertierten Strategie zur Anlockung von Investoren;
- Flankierung der politischen Maßnahmen zur Verbesserung des Geschäftsklimas und zur Förderung der Reformen des Regulierungsumfelds als Voraussetzung für ein günstiges Investitionsklima;
- Förderung eines stärkeren operationellen Zusammenwirkens im Privatsektor, insbesondere durch gezielte Zusammenkünfte von Geschäftsleuten und Förderung strategischer Bündnisse, die die Investitionstätigkeit anregen können;
- Ermittlung von Mechanismen oder Anreizinstrumenten zur Lenkung von Finanzströmen in rentable Vorhaben in der Region, insbesondere unter Nutzung der Überweisungen der Wanderarbeitnehmer oder der arabischen Fonds.

ZUSAMMENARBEIT IN DEN BEREICHEN VERKEHR UND ENERGIE

A. KONTEXT UND BEGRÜNDUNG

Zur Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung einer zunehmend integrierten Region Europa-Mittelmeer und zur Entwicklung und Stabilität

der Region und dem Ausbau des Handels innerhalb dieser Region ist die Zusammenarbeit in den Bereichen Verkehr und Energie von entscheidender Bedeutung.

Für den **Energiesektor** schuf die Energieministerkonferenz Europa-Mittelmeer vom Mai 2003 in Athen und vom Dezember 2003 in Rom die Grundlage für die Konzeption einer umfassenden Energiepolitik Europa-Mittelmeer. Diese Politik basiert auf der Sicherheit der Energieversorgung und dem Ziel einer allmählichen Schaffung eines vollständig integrierten Energieverbunds im Wege der Umsetzung subregionaler Initiativen in den Teilregionen Maghreb, Maschrik und zwischen Israel und der Palästinensischen Behörde. Dieses Konzept wurde vom Energie-Forum Europa-Mittelmeer vom September 2003 in Brüssel aufgegriffen, wobei folgende Schwerpunkte der Zusammenarbeit im Energiesektor für die nahe Zukunft umrissen wurden: fortschreitende Integration der Energiemärkte, Förderung von Energieprojekten von gemeinsamem Interesse und nachhaltige Entwicklung im Energiebereich.

Für den **Verkehrssektor** nahm die Ministerkonferenz vom Dezember 2005 in Marrakesch eine Reihe von Empfehlungen zur Förderung der Reformen im Verkehrssektor und zum Aufbau eines Verkehrsnetzes Europa-Mittelmeer an. Diese Empfehlungen basierten auf dem Blue Paper zum Verkehr in der Mittelmeerregion und dem Schlussbericht der Hochrangigen Gruppe zur Erweiterung der Transeuropäischen Verkehrsnetze auf die benachbarten Länder und Regionen und sind auf die Öffnung der Verkehrsmärkte, den Ausbau der Infrastruktur, insbesondere von Netzverbundmöglichkeiten, die Sicherheit der Verkehrssysteme und das reibungslose Funktionieren multimodaler Frachtverkehrsketten ausgerichtet.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik misst der Zusammenarbeit im Verkehrs- und Energiesektor ebenfalls große Bedeutung bei. Die ENP trägt zur Intensivierung der Zusammenarbeit im Hinblick auf eine stärkere wirtschaftliche Integration zwischen der EU und den Mittelmeerpartnerländern auch im Verkehrs- und Energiesektor bei. Im Hinblick auf die Modernisierung des Verkehrs- und Energiesektors und zur Anlockung von Investitionen zählen Reformen zur stärkeren Öffnung der Märkte und zur Trennung von Regulierungs- und Betriebsfunktionen zu den Hauptzielen in den Mittelmeerpartnerländern. Die Fazilität für Investitionen und Partnerschaft Europa Mittelmeer (FEMIP) wird weiterhin Infrastrukturprojekte in dieser Region finanzieren. Die bisherigen Ergebnisse in der regionalen Zusammenarbeit sprechen deutlich für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit in folgenden Bereichen:

- Im **Energiesektor** wird der regelmäßige Dialog in Form des Energieforums Europa-Mittelmeer und der Energiekonferenzen Europa-Mittelmeer im Hinblick auf die weitere Integration der Energiemärkte Europa-Mittelmeer fortgesetzt. Des Weiteren werden subregionale Programme für die Zusammenarbeit im Gas- und Stromsektor in den Maghreb- und Maschrik-Ländern in Angriff genommen, ferner die energiepolitische Zusammenarbeit zwischen Israel und der Palästinensischen Behörde sowie die beiden Energieprogramme Europa Mittelmeer. Soweit im Rahmen der ENP zulässig und angesichts der Bedeutung der Energiequellen in den Ländern südlich der Sahara wird das Ziel auch in einer

zunehmenden Integration der Region südlich der Sahara in den Energiemarkt des südlichen Mittelmeerraums bestehen, um eventuell Energieressourcen aus den Ländern südlich der Sahara in die EU leiten zu können.

- Im Verkehrsbereich wird der im Rahmen des Verkehrsforums Europa-Mittelmeer und seinen Arbeitsgruppen eingerichtete Dialog fortgesetzt. Des Weiteren werden insbesondere folgende Projekte weiter vorangetrieben: Hauptverkehrsprojekt Euromed, das Projekt Verkehrsinfrastruktur, das Euromed GNSS Projekt (Egnos/Galileo Satelliten-Navigationsprogramme, das Safemed Projekt (Sicherheit des Seeverkehrs und Sicherheit in der Mittelmeerregion) und das Projekt MEDA Meeresautobahnen. Ein neues Regionalprojekt ist im Bereich der Luftfahrt in Vorbereitung. Auf subregionaler Ebene wurde der Kooperationsprozess im Verkehrsbereich zwischen Israel und der Palästinensischen Behörde eingeleitet, der je nach der politischen Entwicklung in der Region zur Einrichtung eines Gemeinsamen Verkehrsbüros zwischen den Parteien führen kann.

B. ZIELSETZUNGEN

Im Energiebereich werden folgende Hauptziele angestrebt:

- (a) Beschleunigung der Reformen und Harmonisierung von Regeln und Standards sowie der Energieinformationssysteme und –statistiken der Länder des südlichen Mittelmeerraums im Hinblick auf die schrittweise Integration in die Energiemärkte Europa-Mittelmeer;
- (b) Erhöhung der Sicherheit in der Energieversorgung und –infrastruktur sowie in der Tankschifffahrt im Raum Europa-Mittelmeer;
- (c) weitere Ausgestaltung des Energieverbunds zwischen den südlichen und zwischen diesen und den nördlichen Ländern einschließlich Verbundleitungen zu den Energiemärkten südlich der Sahara;
- (d) Förderung des Potenzials von erneuerbaren Energieträgern und Unterstützung des Kyoto-Prozesses;
- (e) Förderung eines effizienteren Energienachfragemanagements.

Im Verkehrsbereich besteht das Hauptziel in der Gewährleistung eines operationellen Follow-up zu den Schlussfolgerungen der Ministerkonferenz von Marrakesch, wo die Erarbeitung eines regionalen Verkehrsaktionsplans für den Mittelmeerraum vereinbart worden war. In diesem Zusammenhang werden folgende spezifische Ziele anvisiert:

- (a) Fortsetzung des Reformprozesses für den Verkehrssektor in der Region;
- (b) Ausbau des Verkehrsinfrastrukturnetzes in der Mittelmeerregion und seiner Verbindungen hin zu den Transeuropäischen Verkehrsnetzen (TEN-T);
- (c) Förderung des intermodalen Verkehrs;
- (d) Stärkung der Sicherheit der Verkehrsträger, insbesondere des See- und Luftverkehrs;
- (e) Unterstützung von Kooperationsinitiativen auf subregionaler Ebene.

C. ERWARTETE ERGEBNISSE

Im Energiesektor: stärker integrierte Energiemärkte, zunehmend sicherere Energieversorgung, Ausbau der Verbundsysteme und der erneuerbaren Energieträger in der Region.

Im Verkehrssektor: ein sichererer offener und investitionsfreundlicherer Verkehrssektor mit starken unabhängigen Regulierungsbehörden und vereinfachten/harmonisierten Grenzübergangsverfahren.

D. ERFOLGSINDIKATOREN

Energie

- Verstärkte regionale Zusammenarbeit im Energiesektor, schrittweise Integration der Energiemärkte, Reform der Energiemärkte, verbesserte Sicherheit der Energieinfrastruktur und Sicherheit der Energieversorgung.

Verkehr

- Reformen im Verkehrssektor, Konvergenz mit den Regeln und Standards der EU, insbesondere im Bereich physische und operationelle Sicherheit, Kooperationsinitiativen auf subregionaler Ebene, Abschluss von Luftfahrtvereinbarungen mit der EU, Ausbau der Meeresautobahnen in der Region, Ausbau der wichtigsten multimodalen transnationalen Verkehrsverbindungen in der Region.

E. KURZE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMS

Zur Umsetzung der vorstehend aufgeführten Ziele im **Energiebereich** könnten die folgenden konkreten Maßnahmen für den Zeitraum 2007-2013 ins Auge gefasst werden:

- (a) Schrittweise Integration des maghrebischen Gasmarkts mit dem EU-Gasmarkt und möglicherweise Erweiterung des Vertrags über die Energiegemeinschaft auf die Maghreb-Länder;
 - Erweiterung des Projekts Integration des maghrebischen Strommarkts um den Faktor Erdgas, was zur Schaffung eines maghrebischen Erdgasmarkts und seiner schrittweisen Integration mit dem EU-Binnenmarkt führen könnte;
 - Unterstützung einer eventuellen Erweiterung des Vertrags über die Energiegemeinschaft um die Maghreb-Länder;
- (b) Schrittweise Schaffung eines Gas- und Strommarkts in den Maschrik-Ländern und Herstellung eines Gas- und Stromverbunds mit den EU-Ländern, dem Balkan und den Beitrittskandidaten:

- Erweiterung des Gasmarkts Europa-Maschrik um den Faktor Strom, was zur Schaffung eines Strommarkts in der Maschrik-Region und zur schrittweisen Integration mit dem Binnenmarkt der EU führen würde;
- (c) Schrittweise Integration des israelisch-palästinensischen Strom- und Gasmarkts und dessen Integration in den Strom- und Gasmarkt der Maschrik-Region;
- Unterstützung der Harmonisierung des Strom- und Erdgasmarkts zwischen Israel und der Palästinensischen Behörde nach den Grundsätzen des Energiebinnenmarkts der EU;
 - Unterstützung der schrittweisen Integration des israelischen und palästinensischen Energiemarkts mit den Märkten der Nachbarländer;
- (d) Energienachfragemanagement und nachhaltige Entwicklung:
- Umsetzung einer umfassenden Strategie im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energieträger in den Mittelmeer-Partnerländern auf der Grundlage der EU-Politik im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger;
- (e) Schrittweise Integration des libyschen Energiemarkts mit den Märkten der Nachbarländer;
- (f) Eventuell Verbundleitungen in Süd/Süd-Richtung.

Zur Umsetzung der vorstehend genannten Ziele im **Verkehrssektor** könnten die folgenden konkreten Maßnahmen ins Auge gefasst werden:

- (a) Unterstützung des Ausbaus der folgenden transnationalen multimodalen Verkehrsstrecken:
- Trans-Maghreb-Strecke (von Rabat nach Alexandria)
 - Trans-Maschrik-Strecke (Mersin-Damaskus-Aqaba-Suez-Kairo)

Bei diesem Vorhaben wird es um die Einrichtung von subregionalen Sekretariaten für jede Strecke gehen, einschließlich Koordinierung mit den IFI und dem Privatsektor zur Finanzierung der Machbarkeitsstudien für die grenzübergreifenden Projekte und die auf die Beseitigung von Engpässen ausgerichteten Projekte sowie um technische Hilfe für die Gewährleistung eines reibungslosen Verkehrsflusses auf diesen Strecken;

- (b) Ausbau des Netzes der Meeresautobahnen mit den dazugehörigen Seehäfen (technische Hilfe für die Einführung moderner IT-Hafenmanagementsysteme, einschließlich Bankensektor, Vereinfachung der Zollverfahren und der Organisation des Frachtumschlags in den Häfen sowie Umsetzung des

Regionalplans für die Meeresautobahnen, der im Rahmen des MEDA-Projekts Meeresautobahnen aufgestellt werden soll;

- (c) Technische Hilfe für mehr Sicherheit im Seeverkehr und generell im Mittelmeerraum;
- (d) Technische Hilfe für mehr Sicherheit im Luftverkehr und generell im Mittelmeerraum;
- (e) Förderung und Unterstützung von subregionalen Initiativen und Foren mit Bezug zum Verkehrssektor.

REGIONALE WIRTSCHAFTLICHE INTEGRATION SÜD /SÜD

A. KONTEXT UND BEGRÜNDUNG

Die Märkte der Mittelmeerpartner sind weiterhin stark fragmentiert, sie weisen ein hohes durchschnittliches Zollschutzniveau auf, der intraregionale Handel ist unzureichend entwickelt und das Potenzial für die Liberalisierung von Handel und Investitionstätigkeit und für die wirtschaftliche Integration wird kaum genutzt.

Auf dem Gipfel von Barcelona vom November 2005 wurde die Beschleunigung der Freihandelsabkommen zwischen den Mittelmeerpartnern befürwortet und damit die Zusage der Handelsminister Europa-Mittelmeer von Istanbul (Juli 2004) bekräftigt, die Bemühungen um die regionale Integration fortzusetzen um die Investitionstätigkeit innerhalb eines integrierten Wirtschaftsraums anzuregen und um konkrete Fortschritte im Hinblick auf die Schaffung einer Freihandelszone Europa-Mittelmeer bis 2010 zu erzielen. Dieses Ziel wurde auf der Handelsministerkonferenz Europa-Mittelmeer vom 24. März in Marrakesch bestätigt. Diese Anstrengungen sollten gerade in einer Zeit ermutigt werden, in der einige Süd/Süd-Freihandelsabkommen zustande kommen. Dazu zählen das Abkommen von Agadir (zwischen Marokko, Tunesien, Ägypten und Jordanien), das sich noch in der Anfangsphase der Umsetzung befindet und die bilateral zwischen Marokko, Tunesien, Israel Ägypten einerseits und der Türkei andererseits geschlossenen Abkommen.

Solche Freihandelsabkommen sind u.a. der Schlüssel zur diagonalen Ursprungskumulierung, was inzwischen auf der Grundlage des neuen von immer mehr Partnern angenommenen Pan-Euro-Med-Protokolls weit verbreitet praktiziert wird. Ursprungskumulierung setzt ein zwischen den kumulierenden Partnern gültiges Freihandelsabkommen voraus, wobei sämtliche Partner auch das Protokoll angenommen haben müssen. Dadurch werden neue Handelsmuster und verstärkte Handelsströme

geschaffen, da mehr Möglichkeiten zum Outsourcing innerhalb des Raums Europa-Mittelmeer gegeben sind.

Die Unterstützung der Bemühungen zur Schaffung von Süd-Süd-Freihandelsabkommen hat sich bisher in Form eines im Rahmen von MEDA aufgelegten Programms im Wert von 4 Mio. € zur Umsetzung des Abkommens von Agadir niedergeschlagen. Im Rahmen dieses Programms wurden dem technischen Büro in Amman als Vorläuferinstanz eines voll ausgestatteten Sekretariats für das Abkommen Mittel zur Unterstützung von Studien/Analysen im Wirtschafts- und Handelsbereich und zum Aufbau von Institutionen und Kapazitäten bereitgestellt sowie Schulungen für die Verwaltungs- und Zollbeamten zur Anwendung des Abkommens angeboten. Das Programm ist zwar noch nicht abgeschlossen, doch sind bisher nur begrenzte Fortschritte sichtbar, da sich die Partner nicht auf die institutionellen und finanziellen Aspekte ihrer eigenen Verpflichtungen einigen können.

B. ZIELSETZUNG

Ziel des Programms zur Regionalen Wirtschaftsintegration Süd/Süd ist die fortgesetzte Unterstützung von Partnerländern im Hinblick auf die Förderung und den weiteren Ausbau von regionalen und subregionalen Integrationsvereinbarungen und Liberalisierungsinstrumenten zwischen den Ländern südlich des Mittelmeers.

C. ERWARTETE ERGEBNISSE

- Ausbau und Stärkung des Netzwerks aus Süd-Süd-Freihandelsabkommen im Hinblick auf die Schaffung einer Freihandelszone bis spätestens 2010.
- Umfassende und effektive Umsetzung des Abkommens von Agadir einschließlich der Funktionsfähigkeit des dazugehörigen Sekretariats/technischen Büros und jedweden anderen Süd-Süd-Freihandelsabkommens und anderer subregional ausgerichteter Anstrengungen in der Euromed-Zone.
- Steigerung der Handelsströme, der Investitionen und der wirtschaftlichen Integration zwischen den Ländern, die Süd-Süd-Freihandelsabkommen geschlossen haben.
- Verstärkte Einbeziehung der Unternehmenswelt in den Aufbau neuer Handelsmuster und zur besseren Nutzung der Vorteile der Liberalisierung.

D. ERFOLGSINDIKATOREN

- Anzahl der in Kraft befindlichen Freihandelsabkommen, die einen wesentlichen Teil des Handels umfassen und effektiv mehr Liberalisierung bewirken;

- Sichtbare Steigerung des wirtschaftlichen Integrationsgrads und der Handelsströme zwischen den Partnern, die Süd-Süd-Freihandelsabkommen geschlossen haben;
- Sichtbare Steigerung der in die Länder der Freihandelsabkommen strömenden Auslandsdirektinvestitionen innerhalb weniger Jahre nach Inkrafttreten dieser Abkommen.

E. KURZE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMS

Die EG unterstützt politische Konzepte zur Förderung der regionalen Integration und des Ausbaus des Süd-Süd-Handels und (sub-) regionale Kooperationsinitiativen. Dazu gehört auch die fortgesetzte Unterstützung des Abkommens von Agadir und anderer Freihandelszonen sowie aller weiteren Anstrengungen auf subregionaler Ebene zur Erleichterung und Liberalisierung des Handels.

Das Programm besteht im Wesentlichen aus drei Komponenten:

Bei der ersten Komponente geht es um die fortgesetzte Unterstützung des Abkommens von Agadir im Wege des fortlaufenden Aufbaus von Kapazitäten beim geplanten Sekretariat, um die weitere Suche nach ungenutzten aus dem Abkommen erwachsenden Handelsvorteilen – auch im nicht-tarifären Bereich – und um die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen sowie um die fortgesetzte Unterstützung der Handelserleichterung und die Schulung von Angehörigen der Zollverwaltungen, insbesondere im Bereich der Ursprungsregeln und der Ursprungskumulierung. Diese Komponente würde auf den Ergebnissen des gegenwärtig durchgeführten Regionalprogramms aufbauen und auch in Zukunft weiter Unterstützung bereitstellen. Dabei geht man von der Annahme aus, dass sich die Partnerländer letzten Endes zu ihren aus dem Abkommen erwachsenen institutionellen und finanziellen Verpflichtungen bekennen.

Im Rahmen der zweiten Komponente sollen alle Anstrengungen zur Erleichterung des Handels unterstützt werden, die die Partnerländer von bereits bestehenden oder noch auszuhandelnden Freihandelsabkommen auf regionaler, subregionaler und bilateraler Ebene unternehmen, oder die sich grundsätzlich auf einen Prozess der Handelsliberalisierung einlassen. Initiativen zur Modernisierung der Zollverwaltungen und –verfahren und zur Beseitigung von Handelshemmnissen wurden bisher von den meisten Partnern unternommen und häufig im Wege von bilateralen EG-Vereinbarungen unterstützt. Allerdings wurde bisher kein Konzept zur Handelserleichterung auf regionaler Ebene im Wege des Austauschs bewährter Praktiken, der Bündelung der Unterstützung auf der Basis von gemeinsam erkannten Bedürfnissen und der verstärkten Zusammenarbeit der Zollverwaltungen bei den Zollverfahren im Rahmen der Umsetzung der Präferenzabkommen entwickelt. Mit dieser Komponente soll auf diesen Bedarf eingegangen werden. Dabei könnte man auf den sachpolitischen Empfehlungen zur Vereinfachung der Zollverfahren aufbauen, die auf der Euromed-

Handelsministerkonferenz von Palermo vom Juli 2003 als Folgemaßnahme für die regionale Arbeitsgruppe angenommen wurden, sowie auf internationaler bewährter Praxis einschließlich der zolltechnischen Sicherheitsmaßnahmen für einen sicheren Handel in der Region.

Die dritte Komponente basiert auf der Annahme, dass der Privatsektor und die Unternehmenswelt derartige Freihandelsabkommen mit Leben ausfüllen und sie zu ihrem Vorteil nutzen werden. Doch müssten dafür noch einige Einrichtungen geschaffen werden, damit man sich der neuen Handelsmöglichkeiten bewusst wird und der Austausch zwischen den Unternehmen erleichtert werden kann. Im Wege eines Networking mit den Unternehmensverbänden und den Handelskammern der betroffenen Parteien wird man im Rahmen dieser Komponente i) jede operationelle sektor-/produktspezifische Analyse unterstützen, mit der ermittelt werden soll, welche komparativen Vorteile zusätzliche Handelsmöglichkeiten in der Präferenzzone eröffnen könnten; ii) jede sektorspezifische Partnersuche und strategische Allianz zwischen Unternehmen unterstützen, was im Wege der Organisation von gezielten Veranstaltungen geschehen könnte, bei denen die maßgeblichen Geschäftskreise aus Ländern mit bereits bestehenden oder zukünftigen Freihandelsabkommen zusammengeführt werden können, möglicherweise auch unter Hinzuziehung der entsprechenden Unternehmensbereiche und -verbände aus den EU-Ländern.

UMWELTPROGRAMM

A. KONTEXT UND BEGRÜNDUNG

Umweltprobleme machen vor Grenzen nicht halt und erfordern häufig eine regionale Antwort. Aus diesem Grund hat die EG in den letzten Jahren umfangreiche Mittel für die Zusammenarbeit bei Umweltproblemen einschließlich Wassermanagement im Mittelmeerraum bereitgestellt.

Sowohl in der Europäischen Nachbarschaftspolitik als auch im Barcelona-Prozess Europa-Mittelmeer wird der Umweltschutz als Schlüsselfaktor für die Zusammenarbeit hervorgehoben:

- Auf dem Gipfel zum 10. Jahrestag des Barcelona-Prozesses wurden die Partner aufgerufen, die Mittelmeerstrategie für die nachhaltige Entwicklung umzusetzen und einen Zeitplan für den Schutz des Mittelmeers vor Umweltverschmutzung bis 2020 anzunehmen. Dabei will man bei allen Hauptverschmutzungsquellen ansetzen einschließlich Industrieemissionen, Hausmüll und insbesondere kommunalen Abwässern;

- Die Aktionspläne der Nachbarschaftspolitik sehen vor, dass sich die Partnerländer an Tätigkeiten der Europäischen Umweltagentur beteiligen können; des Weiteren kann die Umsetzung des Übereinkommens von Barcelona auf regionaler Basis unterstützt werden;
- Die EU-Wasserinitiative, die auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung angenommen wurde, bildet den Beitrag der EU zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele im Bereich Wasser und Abwasser im Rahmen eines integrierten Ansatzes für die Bewirtschaftung der Wasserressourcen. Dieser Ansatz gilt insbesondere für die Mittelmeerregion, in der Wasser eine knappe Ressource darstellt;
- NRO sind mit die wichtigsten Akteure bei der Konzeption und Umsetzung der Umweltpolitik und bilden eine Ergänzung der staatlichen Agenturen. Sie können zusammen mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft dort eingreifen, wo staatliche Agenturen nicht eingreifen können oder möchten. Allerdings verfügen NRO in der Region nur über schwach ausgeprägte Kapazitäten und sollten daher in ihrem Aufbau unterstützt werden.

B. ZIELSETZUNG

Verbesserung der Umweltqualität in den Mittelmeer-Partnerländern unter besonderer Berücksichtigung der Herausforderungen, wie sie in der Mitteilung der Kommission (KOM (2006) 475 zum Ausdruck kommen.

C. ERWARTETE ERGEBNISSE

- Annahme und Umsetzung des Zeitplans „Horizont 2020“ für den Schutz des Mittelmeers vor Umweltverschmutzung, wie er von den Umweltministern der Partnerschaft Europa-Mittelmeer am 20. November 2006 in Kairo angenommen wurde. Mobilisierung von Investitionsmitteln aus verschiedensten Quellen für Projekte, mit denen gegen Bedrohungen der Umweltqualität vorgegangen werden kann;
- Integriertes Wassermanagement einsatzbereit, insbesondere in grenzübergreifenden Wassereinzugsgebieten, so dass zunehmend mehr Menschen mit sicherem Trinkwasser versorgt werden und an ein Basis-Kanalisationssystem angeschlossen sind;
- Bessere Umsetzung des Übereinkommens von Barcelona in Synergiewirkung mit der einschlägigen Politik der EU;

- Umsetzung der aus den Aktionsplänen der ENP resultierenden Verpflichtungen, die eine Einbeziehung der Mittelmeerländer in Aktionen der Europäischen Umweltagentur beinhalten. Umsetzung durch stärkeren Ausbau regionaler Aktivitäten;
- Verstärkte Verfügbarkeit und regelmäßiges Monitoring von Umweltindikatoren;
- Lokale NRO besser gerüstet, um am Entscheidungsprozess in Umweltfragen und an der Entwicklung von Umweltschutzkonzepten mitzuwirken und darauf Einfluss nehmen zu können;
- Stärkeres Bewusstsein in der Öffentlichkeit für den Umweltschutz und für die Folgen der Missachtung dieses Themas.

D. ERFOLGSINDIKATOREN

- Verfügbarkeitsgrad von Umweltdaten für die gesamte Region in mit EU-Standards übereinstimmenden Formaten;
- Anzahl der Indikatoren für die Umweltverschmutzung, die regelmäßig überwacht werden;
- Anhand der Indikatoren nachweisbare Verbesserung der Umweltqualität einschließlich Rückgang von über das Wasser übertragbaren Krankheiten und Verringerung der Luftverschmutzung in den städtischen Ballungsgebieten;
- Vollzug einer Reihe von Schritten im Zeitplan für den Schutz des Mittelmeers vor Verschmutzung einschließlich Durchführung einer Reihe von Projekten, für die bereits eine Finanzierung vorgesehen ist.

E. KURZE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMS

Umweltsanierung des Mittelmeers

Eines der wichtigsten Ziele für die Umwelt im Mittelmeerraum, die auf dem Gipfel von Barcelona (2005) aufgestellt wurden, besteht in einer Initiative zur Umweltsanierung des Mittelmeers. In der ersten Phase soll ermittelt werden, was die Hauptverschmutzungsquellen sind und welche Maßnahmen zu ihrer Verringerung/Beseitigung ergriffen werden können. In der zweiten Phase werden Finanzierungsmittel zur Umsetzung des Plans mobilisiert. Man geht davon aus, dass die meisten Infrastrukturinvestitionen über Darlehen finanziert werden. Bei der Projektvorbereitung wird man Unterstützung anbieten müssen, um vorrangige Projekte so weit vorzubereiten,

dass sie für eine Finanzierung attraktiv werden. Diese Maßnahmen müssen mit flächendeckenden Maßnahmen zum Aufbau von Kapazitäten flankiert werden, damit diese Initiative auf breiter Front Unterstützung findet (dazu gehören Raumordnungsmaßnahmen für Küstengebiete, Stadtentwicklungsplanung, Informationskampagnen zur Förderung des Bewusstseins der Bürger/des privaten Sektors, Initiativen zur Förderung der Einbeziehung von Umweltbelangen in andere Sektoren, etc.).

Zusammenarbeit mit der europäischen Umweltagentur und dem Sekretariat des Übereinkommens von Barcelona

Neben der Umweltschutz-Initiative werden die Mittelmeerpartner in Einklang mit den Aktionsplänen der ENP zur Zusammenarbeit mit der Europäischen Umweltagentur ermutigt. Dabei sollen sie sich an bestimmten im Rahmen des Übereinkommens von Barcelona vorgesehenen Aktivitäten beteiligen und die im Rahmen des Mittelmeer-Aktionsplans (MAP) erarbeiteten Regionalstrategien umsetzen. Dazu gehört auch die Umsetzung der EU-Strategie für den Schutz und die Erhaltung der Meeresumwelt (Meeresschutzstrategie) und die zukünftige Richtlinie, sobald diese angenommen ist.

Regionale Wasserinitiative

Im Rahmen dieser Komponente werden Aktivitäten unterstützt, die sich auf die Mittelmeerkomponente der EU-Wasserinitiative beziehen, wie integriertes Wasserressourcenmanagement, grenzübergreifendes Flusseinzugsgebietsmanagement, und bestimmte einschlägige Umsetzungsinstrumente.

Aufbau von Kapazitäten und Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Akteure

Im Rahmen dieser Komponente werden regionale Netzwerke und Kontakte aufgebaut, so dass die Zivilgesellschaft durch kohärente Ansätze und den Austausch von vorbildlicher Praxis gestärkt werden kann.

TECHNISCHE HILFE UND RISIKOKAPITAL FÜR DIE FEMIP

A. KONTEXT UND BEGRÜNDUNG

Im März 2002 beschloss der Rat die Einrichtung einer Fazilität Europa Mittelmeer zur Unterstützung von Investitionen in den Mittelmeer-Partnerländern (FEMIP). Im Oktober 2002 war die FEMIP einsatzbereit und man geht davon aus, dass sich die EIB bis 2006 im Umfang von rund 2 Mrd. € in dieser Region engagieren wird. Im November 2003 befürwortete der Rat eine Strategie zur Stärkung der FEMIP, was u.a. durch die

Zuweisung bestimmter Mittel für Operationen mit Risikoteilung im Privatsektor und die Einrichtung eines Treuhandfonds internationaler Geber zur Ergänzung der aus dem EU-Haushalt bereitgestellten Unterstützung gewährleistet werden soll.

Hauptziel der FEMIP ist die Förderung der Entwicklung des Privatsektors in dieser Region. Dazu bedarf es einer Kombination aus angemessenen verfügbaren Finanzierungsinstrumenten und Reformen in den Empfängerländern, damit sich der Privatsektor leichter entwickeln kann. Solange die Satzung der EIB nicht geändert ist, kann die Bank keine Kapitalbeteiligungen an Privatunternehmen in den Mittelmeerländern eingehen. Gleichzeitig kann die MEDA-Fazilität für technische Hilfe in Anspruch genommen werden, um Projekte von vornherein besser zu konzipieren und sie später fachgerechter umzusetzen, was häufig im Zusammenhang mit einer sektorspezifischen Reformstrategie bewerkstelligt wird.

B. ZIELSETZUNGEN

Grundsätzliches Ziel der FEMIP ist die Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums in der Region im Wege von Investitionen in die Infrastruktur und insbesondere in die Entwicklung der Privatwirtschaft.

Spezifisches Ziel der FEMIP ist die Förderung ausländischer oder heimischer Finanzierungsmöglichkeiten hauptsächlich für privatwirtschaftliche, aber auch für öffentliche Investitionen in der Region. Dies soll in erster Linie durch die direkte Bereitstellung von Finanzmitteln geschehen (insbesondere im Wege des stärkeren Rückgriffs auf Operationen mit Risikoteilung mit der Privatwirtschaft, durch Globaldarlehen und den Einsatz von Risikokapital), und in zweiter Linie durch die Förderung von Verbesserungen des institutionellen Umfelds in diesen Ländern, so dass sich der heimische Privatsektor und Finanzsektor leichter von sich heraus entwickeln können.

C. ERWARTETE ERGEBNISSE

Von der Risikokapitalfazilität erwartet man sich eine Reihe von Investitionen entweder direkt in privatwirtschaftliche Unternehmen in den Mittelmeer-Partnerländern oder indirekt durch privatwirtschaftliche Investitionsfonds oder andere Arten von Finanzintermediären oder Privatunternehmen. Die EIB wird sich bemühen, Risikokapital so weit wie möglich über privatwirtschaftliche Investoren zu lenken. Investitionsfonds mit Beteiligung des öffentlichen Sektors können ebenfalls finanziell unterstützt werden, vorausgesetzt ihr Management bietet in ausreichendem Maße die Gewähr für Unabhängigkeit und für eine Ausrichtung auf die Entwicklung der Privatwirtschaft. Die Endbegünstigten von Risikokapitaloperationen sind Unternehmen, die sich zu 100% in privater Hand befinden. Die Risikokapitalfazilität kann überprüft werden, wenn die vorgeschlagene Überarbeitung der Satzung der EIB genehmigt ist, wonach die Bank dann unter Einsatz eigener Mittel Kapitalbeteiligungen eingehen kann.

Von der Fazilität für technische Hilfe erwartet man sich Erkenntnisse, die zur Projektkonzeption und Projektumsetzung beitragen, vorzugsweise im Rahmen einer

sektorumfassenden Strategie. Für den Ausbau der Infrastruktur im Umweltbereich wird jetzt ein größerer Teil der verfügbaren Mittel bereitgestellt, als dies im Rahmen früherer Programme der Fall war. Vorrang hat die Finanzierung von technischer Hilfe für Projekte, die direkt der Privatwirtschaft zugute kommen. Dafür wird gegebenenfalls die Hälfte der verfügbaren Mittel in dieser Kategorie bereitgestellt. Es werden funktionelle und wirtschaftliche Kriterien aufgestellt, anhand derer entschieden wird, ob Projekte in Form von technischer Hilfe für eine Finanzierung in Frage kommen. Technische Hilfe kann projektbezogen für alle Abschnitte im Projektzyklus finanziert oder aber für Finanzintermediäre oder KMU oder auch für sektorumfassende Studien bereitgestellt werden.

D. ERFOLGSINDIKATOREN

Die EIB erstattet der Kommission in regelmäßigen Abständen Bericht über die Umsetzung der Projekte (Einsatz der Mittel) und über die dabei erzielten Ergebnisse. Zu den Erfolgsindikatoren gehören u.a. der Anteil der Begünstigten aus der Privatwirtschaft, die Leistungsfähigkeit von Unternehmen, die im Zuge von Risikokapitaloperationen finanziert wurden, und die Ertragsrate des eingesetzten Kapitals, die Anzahl der KMU, die über Risikokapitaloperationen erreicht wurden und die technischen und wirtschaftlichen Vorteile, die mit Projekten in Form von technischer Hilfe erzielt wurden.

E. KURZE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMS

Im Rahmen des Programms steht der EIB (a) eine Fazilität für technische Hilfe zur Verfügung, aus der die Konzeption und die Umsetzung von Projekten sowie Reformprogramme zur Verbesserung des privatwirtschaftlichen Umfelds finanziell unterstützt werden können und (b) ein Risikokapitalfonds, aus dem Kapitalbeteiligungen an Privatunternehmen finanziert werden können. Außerdem weitere Instrumente wie Darlehen mit Risikoteilung zusammen mit Finanzintermediären, Darlehen in Landeswährung, Darlehensgarantiesysteme zusammen mit örtlichen Banken für KMU und andere Formen von Garantien und eventuell auch dem Handel offen stehende Finanzierungsinstrumente.

F. BEGÜNSTIGTE INSTITUTIONEN UND RICHTBETRÄGE

Insgesamt werden der FEMIP pro Jahr 32 Mio. € zugewiesen, die für technische Hilfe und Risikokapitaloperationen verwendet werden können. Die Beiträge zum Risikokapital werden in einen Umlauffonds eingebracht, in den auch die aus den abgeschlossenen Risikokapital- und Sonderdarlehensoperationen zurückfließenden Mittel erneut eingehen. Diese Zuschussbeiträge werden von der EIB verwaltet und in Einklang mit den einschlägigen Artikeln der ENPI-Verordnung und der Rahmenvereinbarung zwischen der Kommission und der EIB eingesetzt. Die EIB kann bei diesen Operationen eine

Zusammenarbeit und Koordinierung mit anderen in der Region engagierten IFI anstreben.

AUSGESTALTUNG DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT

A. KONTEXT UND BEGRÜNDUNG

Im Hinblick auf eine nachhaltige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in einer zunehmend integrierten Region Europa Mittelmeer kommt es ganz besonders auf die Zusammenarbeit im Bereich der Informationsgesellschaft an. Darin liegt eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Entwicklung der gesamten Region im Informationstechnologiebereich, wodurch das Wachstum im intraregionalen Handel mit Dienstleistungen und die Forschung im IT-Bereich gefördert werden können.

Auf der Ministerkonferenz zur Informationsgesellschaft in Dundalk im May 2005 wurde eine Reihe von Empfehlungen zur Förderung von sektorspezifischen Reformen und zur Ausgestaltung der Informationsgesellschaft Europa-Mittelmeer angenommen. Diese Empfehlungen wurden im April 2006 vom Forum hoher Beamter zur Informationsgesellschaft aufgegriffen, wobei ein Arbeitsprogramm mit Schwerpunkt auf der Öffnung der Märkte für elektronische Kommunikation, der Zusammenarbeit zwischen Regulierungsbehörden, der Förderung von Online-Diensten, der Erweiterung des EUMEDCONNECT-Projekts und der Förderung einer stärkeren Beteiligung der Mittelmeerpartner am Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union angenommen wurde.

Die bisherigen Ergebnisse im Bereich der regionalen Kooperation sprechen für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit in folgenden Bereichen:

- Das EUMEDIS-Programm (65 Mio. € - 2000-2006) stellt das größte internationale Projekt dar, das die Europäische Kommission jemals im Bereich der Ausgestaltung der globalen Informationsgesellschaft in Angriff genommen hat. Hauptziele des Programms waren die Herstellung eines Verbunds zwischen dem Europäischen Forschungsnetzwerk und den Forschungsnetzwerken der Mittelmeerpartner sowie die Finanzierung von 21 regionalen Pilotprojekten auf dem Gebiet der Informationsgesellschaft in fünf Interventionsbereichen (Gesundheitsversorgung, elektronischer Handel, Tourismus und kulturelles Erbe, angewandte Forschung in Industrie, Wirtschaft und Innovationsbereich, Bildung).

- EUMEDCONNECT ist eines der EUMEDIS-Projekte und das erste regionale Forschungs- und Bildungsnetzwerk in der Mittelmeerregion. Das Netzwerk begann 2004 und stellt einen direkten Verbund zwischen den Forschungsnetzen in Algerien, Ägypten, Jordanien, Marokko, Palästina, Syrien und Tunesien her. EUMEDCONNECT-Partner sind an der Fortsetzung des Netzwerks stark interessiert und wollen es als Forschungsinfrastruktur für gemeinsame IST-Projekte zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den Mittelmeerländern nutzen.
- Das Regionalprojekt MEDA – NAPT (New Approaches to Telecommunications Policy) 2000-2002 hat erfolgreich zur Einrichtung eines Dialogs Europa Mittelmeer in diesem Bereich beigetragen. Mit dem neuen Projekt NAPT II (2005-2007) wird dieser Dialog fortgesetzt und die Zusammenarbeit im Bereich Regulierungsreformen und e-Government intensiviert. Das Regionalprojekt unterstützt verschiedene bilaterale MEDA-Projekte, bei denen es um die Unterstützung von Regulierungsbehörden auf dem Gebiet der elektronischen Kommunikation geht.

Das erste auffallende Ergebnis von EUMEDIS besteht im Zustandekommen einer regionalen Gemeinschaft von Fachleuten, Forschern, Studenten und verschiedenen anderen Gruppen aus unterschiedlichen Ländern und Institutionen, die inzwischen zusammenarbeiten. Rund 1000 Personen sind an der Projektumsetzung beteiligt, während über 10.000 an Veranstaltungen teilgenommen haben, die im Rahmen der Pilotprojekte in der gesamten Region abgehalten wurden. Mehr als 30.000 Studenten nutzen inzwischen die im Rahmen von EUMEDIS erstellten Fernlehrgänge an verschiedenen Universitäten.

EUMEDIS hat auch gezeigt, welches enormes Potenzial die IKT zur Anhebung des Lebensstandards in Bereichen haben, die mit den Lebensbedingungen der Bevölkerung zusammenhängen, wie Gesundheitsversorgung, Bildung, Kultur, berufliche Bildung und folglich Beschäftigung.

Darüber hinaus sind im Rahmen von EUMEDIS-Pilotprojekten (hauptsächlich in den Bereichen Bildung, Gesundheit und kulturelles Erbe) vielfältige Erkenntnisse erarbeitet worden, die alle über das Internet abrufbar sind. Die neue Herausforderung besteht nun in der Organisation dieser Erkenntnisse in einem Datenbankformat mit Suchfunktion, damit die Nutzer diese Informationen nach eigenen Vorstellungen strukturieren können.

Die für eine neue Entwicklungsphase vielversprechendsten Sektoren sind **e-learning** und **e-culture**. Dabei sei daran erinnert, dass bei e-learning und Fernlehrgängen der Schwerpunkt nicht wieder ausschließlich auf die Produktion von Inhalten gesetzt werden sollte, sondern auf die Frage, wie die Endanwender (Studenten, Ausbilder und Studenten in Fortbildung) am besten von den angebotenen Diensten profitieren können. Dies bedeutet:

- Akkreditierung und gemeinsames Management im Wege einer gut etablierten institutionellen Zusammenarbeit (einschließlich im Bereich Hochschulbildungs- und Berufsbildungseinrichtungen);

- Effektive Lieferung von Informationen (über internationale Breitbandverbindungen und lokale Knotenpunkte (hubs));
- Zugänglichkeit und Interoperabilität (in verschiedenen Sprachen);
- Fähigkeit zur Koordinierung der Auswahl von Inhalten (Indexierung) und anschließenden Wissensmanagement-Prozessen

Hinsichtlich der Inhalte, die vom System hervorgebracht und weiter vermittelt werden sollen, sei daran erinnert, dass kulturelle Inhalte im weiteren Sinne verstanden werden sollten, so dass auch wirtschaftliche Aspekte, die territoriale Entwicklung und das künstlerische und kulturelle Erbe des Mittelmeerraums darunter fallen. Dazu bedarf es einer **spezifischen Infrastruktur** (EUMEDCONNECT kann dafür als Basis dienen). Des Weiteren bilden **Intelligenz/Know-how und bestimmte Fähigkeiten** die Grundvoraussetzungen für die neue Phase in den Produktions- und Verbreitungsanwendungen).

In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass alle Maßnahmenpakete mit klaren Benchmarking-Indikatoren für die erforderliche Effizienzbewertung ausgestattet sein müssen (nachweisliche Verbesserung des lokalen Umfelds).

B. ZIELSETZUNGEN

- Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Partnern aus dem Raum Europa-Mittelmeer auf der Grundlage der bisherigen Ergebnisse von EUMEDIS;
- Erleichterung der Integration der Mittelmeerländer in eine globale Informationsgesellschaft;
- Fortsetzung des Dialogs zwischen allen Akteuren und Nutzern der Informationsgesellschaft zur Förderung des Reformprozesses im Bereich der elektronischen Kommunikation in der Region;
- Beitrag zur stärkeren Verbreitung von IKT in der Mittelmeerregion im Wege der Förderung der Teilnahme am 7. Forschungsrahmenprogramm und der Produktion neuer Inhalte (z.B. Bildung und Kultur);
- Förderung innovativer IKT-Anwendungen in vorrangigen Bereichen wie Bildung und Kultur;
- Erreichung der vollständigen Konvergenz von aus EUMEDIS hervorgegangenen Produkten und Dienstleistungen auf einer gemeinsamen Plattform und Verbreitung über den Hauptkanal von EUMEDCONNECT;
- Fortgesetzte Verbreitung von IKT-Entwicklungen in der gesamten Mittelmeerregion im Wege der Erarbeitung neuer Inhalte (Bildung und Kultur);
- Förderung innovativer Anwendungen in den vorstehend genannten vorrangigen Bereichen zur Konsolidierung großer Anstrengungen im Hinblick auf die Schaffung von mehrsprachigen e-Bibliotheken und Prozessen zum Management gemeinsam erarbeiteter Inhalte.

C. ERWARTETE ERGEBNISSE

- **Ausbau** permanenter regionaler Forschungs- und Bildungsnetzwerke für den Mittelmeerraum und Zusammenarbeit mit der europäischen Forschungs- und Bildungsgemeinschaft. Sonderforschungsprojekte in den Bereichen Gesundheit, Umwelt und auf anderen wissenschaftlichen Gebieten profitieren von EUMEDCONNECT, wie z.B. AVICENA (Bildung), die Anna-Lind-Stiftung (Kultur und Gesellschaft) EUMEDGRID (Netze) MedGenet (Medizin);
- **Beitrag zu einem investitionsfreundlichen Umfeld im Wirtschaftssektor elektronische Kommunikation:** offene Märkte, zuverlässige transparente Regulierungsrahmen und mehr unabhängige Regulierungsbehörden; Dialog zwischen diesen Behörden und der Gruppe der Europäischen Regulierungsbehörden (ERG) zu den großen Herausforderungen im Regulierungsbereich; Überwachung der Anstrengungen der Mittelmeerländer im Hinblick auf eine Annäherung an den EU-Binnenmarkt für elektronische Kommunikation im Wege von Berichten und vergleichenden Analysen zur Unterstützung der Europäischen Kommission bei der Beurteilung des Fortschritts in der Region;
- **Förderung von Online-Diensten** im Wege von Beratung und Erfahrungsaustausch zur Umsetzung vorrangiger Anwendungen wie e-learning und e-culture. Eventuell Synergiewirkungen mit der Zusammenarbeit in der IKT-Forschung, da die meisten Mittelmeerländer am 7. Forschungsrahmenprogramm teilnehmen könnten.

D. ERFOLGSINDIKATOREN

Networking im Bereich Forschung und Bildung, Reform des Sektors elektronische Kommunikation, Annäherung an die EU-Regulierung, Ausbau der Online-Dienste und Teilnahme am IKT Forschungsprogramm

E. KURZE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMS

1. Sachpolitischer Dialog über die Informationsgesellschaft, insbesondere im Wege von Euromed-Ministerkonferenzen und Treffen hoher Beamter zu folgenden Themen:
 - Förderung einer schrittweisen Annäherung der Regulierung der elektronischen Kommunikation in den Mittelmeerländern an den Regulierungsrahmen der EU;
 - Meinungsaustausch und Erfahrungsaustausch über die Entwicklung von e-learning und e-government als vorrangige Anwendungen;

- Zusammenarbeit in der IKT-Forschung im 7. Forschungsrahmenprogramm.
2. Unterstützung der EUMEDCONNECT 2 Initiative zur Gewährleistung einer längerfristigen finanziellen und organisatorischen Stabilität des Networking in Bereich Forschung und Bildung in der Region unter besonderer Berücksichtigung der Bereitstellung von Diensten und Anwendungen durch die Nutzergemeinschaften, einschließlich der Organisationen in der Region Europa Mittelmeer.
 3. Technische Hilfe zur Umsetzung von Regelungsrahmen und zur Stärkung der Regulierungsbehörden;
 4. Überwachung des Marktes für e-Kommunikation im Mittelmeerraum im Wege von regelmäßigen Berichten und vergleichenden Analysen (Benchmarking)
 5. Unterstützung subregionaler Initiativen und Foren im Zusammenhang mit der Informationsgesellschaft.

PRIORITÄT Nr. 3:

SOZIALE ENTWICKLUNG UND KULTURELLER AUSTAUSCH

GLEICHSTELLUNG UND ZIVILGESELLSCHAFT

A. KONTEXT UND BEGRÜNDUNG

In der Mitteilung der Kommission vom April 2005 heißt es, dass „man sich über Mechanismen verständigen sollte, mit denen der Zivilgesellschaft eine größere Rolle in der Partnerschaft eingeräumt werden könnte“.

Überhaupt haben die Ministerkonferenzen Europa-Mittelmeer (in der gemeinsamen Erklärung zu Barcelona VII) die Schaffung einer NRO-Plattform begrüßt, mit der die Tätigkeit der unabhängigen Organisationen der Zivilgesellschaft besser strukturiert und in Zukunft eine bessere Abstimmung mit den offiziellen Aktivitäten der Partnerschaft vorgenommen werden könnte. Im Fünfjahres-Arbeitsprogramm des Gipfels von Barcelona wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Beteiligung der Zivilgesellschaft

an der Partnerschaft zu fördern und ihr dafür bessere Möglichkeiten zu schaffen, was im Wege einer besseren Wechselwirkung zwischen Regierungen und Parlamenten geschehen könnte.

Des Weiteren heißt es zur Gleichstellung der Geschlechter, dass es sich dabei um „eine Querschnittsaufgabe mit Auswirkungen auf die menschliche und wirtschaftliche Entwicklung handelt“. In diesen Fragen haben sich die Partner Europa-Mittelmeer in ihrem Fünfjahres-Arbeitsprogramm 2005 von Barcelona darauf geeinigt, Maßnahmen zur Erreichung der Gleichstellung der Geschlechter zu ergreifen, um auf diese Weise jede Form der Diskriminierung zu vermeiden und den Schutz der Rechte der Frauen zu gewährleisten.

B. ZIELSETZUNGEN

Das Euromed-Programm « Gleichstellung der Geschlechter und Zivilgesellschaft » verfolgt hauptsächlich folgende Ziele:

- Anregung zum Gebrauch der Möglichkeiten, die man als aktiven Staatsbürger besitzt;
- Ermutigung zur Anerkennung der Rolle der Frauen durch Förderung der Achtung ihrer Grundrechte, insbesondere durch die Anwendung der Maßnahmen, die bei der Unterzeichnung des Übereinkommens über die Beseitigung sämtlicher Formen der Diskriminierung gegenüber Frauen ins Auge gefasst wurden, und durch Unterstützung der Reformen des Personenstandsgesetzes;
- Förderung der Anerkennung des Beitrags der Frauen zur wirtschaftlichen Entwicklung;
- Frauen sollen in umfassender Weise gleichberechtigt am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben ihrer Länder und ihrer Gesellschaften teilnehmen können und dort vertreten sein;
- Stärkere Berücksichtigung der Gleichstellung der Geschlechter in der Partnerschaft Europa-Mittelmeer;
- Stärkung der Demokratisierung und Teilnahme der Zivilgesellschaft an der Euromed-Partnerschaft;
- Stärkung der institutionellen Unterstützung zur Einrichtung von nationalen Nicht-Regierungsplattformen.

Im Einzelnen stellt das Programm ab auf:

- Die Förderung eines möglichst umfassenden Engagements von Männern und Frauen in Nicht-Regierungsorganisationen, vorzugsweise in allen Sektoren.
- Die Unterstützung der Produktion von konkreten Programmen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter;
- Die Förderung der Bildung und Vernetzung unabhängiger und autonomer NRO (einschließlich Frauen-NRO) und ihre Integration ins gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Leben der Mittelmeer-Partnerländer;

- Die Förderung des Austauschs von Erfahrungen und vorbildlicher Praxis zwischen den Organisationen verschiedener Länder sowie der Vermittlung neuer Fähigkeiten („capacity building“);
- Unterbreitung von Möglichkeiten zur Fortbildung und zur Stärkung von Kapazitäten zur Verbesserung des Managements der Organisationen der Zivilgesellschaft, um diese besser auf eine Teilnahme an den Konzertierungsmechanismen der Partnerschaft auf nationaler und regionaler Ebene vorzubereiten;
- Einbeziehung der Zivilgesellschaft in alle Angelegenheiten im Zusammenhang mit Migration, sowohl in den Herkunftsländern als auch in den Einwanderungsländern, sowie in allen für die Entwicklung der Partnerländer wichtigen Sektoren (Handel, Umwelt, Armutsbekämpfung, etc).

C. ERWARTETE ERGEBNISSE

Von diesen Aktionen verspricht man sich folgende Ergebnisse:

- Beobachtung und Mitverfolgung der regionalen Abweichungen und der im Bereich der Gleichstellung erzielten Fortschritte unter Berücksichtigung des auf der Ministerkonferenz von Istanbul genehmigten Arbeitsprogramms;
- Einrichtung und/oder Stärkung der Netzwerke von Frauenorganisationen auf nationaler, subregionaler und regionaler Ebene;
- Verbesserung der aktiven Teilnahme und der Wahrnehmbarkeit der Zivilgesellschaft und insbesondere der Frauen an der Partnerschaft und der Wahrnehmbarkeit der ergriffenen Maßnahmen;
- Durchführung von Aktivitäten zur Herstellung von Kontakten, zum Erfahrungsaustausch und zur Vermittlung vorbildlicher Praktiken auf regionaler und subregionaler Ebene sowie sektorübergreifende Fortbildungsaktionen;
- Einrichtung von nationalen unabhängigen Nicht-Regierungsplattformen in den Partnerländern, die als Gesprächspartner/Vermittler hin zu den Regierungen fungieren könnten. Dabei sollten möglichst alle Themen der Partnerschaft berücksichtigt werden.

D. ERFOLGSINDIKATOREN

- Inangriffnahme von Aktionen zur Ermittlung der Lage der Frau in den Mittelmeerländern unter politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gesichtspunkten und Abschätzung der Auswirkungen der Gleichstellung auf die Politik der Partnerländer;
- Anzahl der im Rahmen des Programms geschaffenen oder unterstützten Frauen-Netzwerke sowie Anzahl der Frauen, die daran teilnehmen;
- Anzahl der aufgelegten Programme zur Gleichstellung und ihre Wirkung;
- Gesamtbeteiligung von Männern und Frauen an den Bildungsaktionen;
- Anzahl der eingerichteten unabhängigen Nicht-Regierungsplattformen;
- Grad an Wahrnehmbarkeit.

E. KURZE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMS

Das zukünftige Programm soll insbesondere im Wege folgender Maßnahmen umgesetzt werden:

- 1) Die Gleichstellung der Geschlechter soll hauptsächlich über die folgenden beiden Aktionen gefördert werden:
 - a) Auflage eines Programms zur Unterstützung konkreter Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter. Dieses Programm wird im Einzelnen in Einklang mit den Schlussfolgerungen der für 2006 vorgesehenen Ministerkonferenz zum Thema Frauen und den Schwerpunktsetzungen im daraus abgeleiteten Aktionsplan festgelegt;
 - b) Einrichtung eines Monitoring- und Follow-up-Mechanismus zur Gleichstellung der Geschlechter in den Ländern der Region, um auf diese Weise die Verbreitung vorbildlicher Praktiken sowie Untersuchungen von Situationen der Ungleichheit fördern zu können.

- 2) Die Stärkung der Fähigkeiten der Zivilgesellschaft soll insbesondere durch folgende Maßnahmen gefördert werden:
 - a) Vernetzung und Koordinierung: Stärkung des durch die NRO-Plattform Europa-Mittelmeer eingeleiteten Prozesses, mit dem Ziel der Einrichtung subregionaler, lokaler und nationaler Plattformen im Rahmen der verfügbaren Beteiligungsmechanismen;
 - b) Unterstützung der Abhaltung von Fortbildungssitzungen für die Verantwortlichen der Netzwerke und lokalen Organisationen, zur besseren Vorbereitung der Konzertierungsmechanismen und besseren Beherrschung der Managementaufgaben innerhalb der autonomen Organisationen;
 - c) Anfertigung von mehrsprachigem Unterstützungsmaterial und Instrumenten zur Unterstützung der Akteure im Hinblick auf eine fundierte Teilnahme an allen Aspekten der Partnerschaft (Programme, Sitzungen, Konzertierungen, etc.);
 - d) Organisation von lokalen Foren der Zivilgesellschaft und des zivilgesellschaftlichen Euromed-Forums;
 - e) Wahrnehmbarkeit und Kommunikation im Wege eines Newsletters und einer monatlichen Übersicht über die Aktionen der Zivilgesellschaft im Rahmen der Partnerschaft.

INFORMATION UND KOMMUNIKATION II

A. KONTEXT UND BEGRÜNDUNG

Das erste regionale Informations- und Kommunikationsprogramm (2003-2006) wurde nach einer ersten externen Bewertung der Informationspraxis in Bezug auf die Partnerschaft durchgeführt. Auslösendes Moment war die auf den Außenministertreffen Europa-Mittelmeer immer wieder geäußerte Besorgnis, dass es dem Barcelona Prozess an Wahrnehmbarkeit fehle. Daraufhin wurde dezentral über die Delegationen in den Mittelmeerländern ein Budget von 10 Mio. € zur Behebung dieses Mangels in der Informations- und Kommunikationspolitik bereitgestellt.

Obwohl diese (noch nicht abgeschlossene) Initiative relativ begrenzt war, erwies sie sich doch als erfolgreich und zeigte, dass die Informations- und Kommunikationsaktivitäten in der gesamten Region gründlicher, umfassender und besser koordiniert betrieben werden sollten. Eine abschließende Bewertung der bisherigen Aktion wird auch Aufschluss über das zukünftige Vorgehen geben. Wenn man den Menschen die Partnerschaft besser vermitteln möchte, braucht man eine nachhaltige, interaktive und integrierte Kommunikationsstrategie, die im Laufe der Zeit das Informationsdefizit ausgleicht und der Partnerschaft Europa-Mittelmeer und der Europäischen Nachbarschaftspolitik nicht nur auf der Ebene der Entscheidungsträger in der Region, sondern auch über das gesamte Spektrum der Zivilgesellschaft hinweg mehr Sichtbarkeit verleiht.

Mit dem zweiten regionalen Informations- und Kommunikationsprogramm sollen diese Anstrengungen konsolidiert, aber darauf aufbauend auch erweitert werden. Dabei geht es darum,

- a) die Partnerschaft Europa Mittelmeer und die Europäische Nachbarschaftspolitik weiter bekannt zu machen;
- b) die Zusammenarbeit zwischen der EU und pluralistischen, professionellen und unabhängigen Medien in der Region zu verbessern.

Im Rahmen verschiedener MEDA-Projekte wurden die verschiedenen Aspekte der Partnerschaft über die lokalen und regionalen Medien bekannt gemacht, während parallel dazu die Euromed- und Media-Initiative auf die Notwendigkeit eines aktiven Engagements mit den Medien der Region hinwies, um mit zur Beseitigung der Hindernisse beizutragen, die Journalisten bei der ordnungsgemäßen Ausübung ihres Berufs im Wege stehen.

B. ZIELSETZUNGEN

Mit dem **zweiten regionalen Informations- und Kommunikationsprogramm** sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Konsolidierung der bisher im Rahmen des ersten Informations- und Kommunikationsprogramms geleisteten Arbeiten und Nutzung der dabei erzielten Erfolge zur Auflegung eines neuen und verbesserten die ganze Region umfassenden Tätigkeits- und Veranstaltungsprogramms. Grundsätzliche Ziele:
 1. Schaffung eines stärkeren Bewusstseins und besseren Verständnisses für die EU und ihre Politik in der Region;
 2. Weiterführung und Verbesserung der Wirksamkeit der Kommunikationspolitik der EU über die wichtigsten einschlägigen Kanäle.

Diese überragenden Ziele sollen im Wege einer Strategie des Engagements mit den wichtigsten Partnern und der Unterstützung der Sprachrohre der EU erreicht werden.

- Konzipierung und Umsetzung einer Informations- und Kommunikationsstrategie, die auf ein aktives Engagement mit der Welt der Medien, den Entscheidungsträgern und den einschlägigen Sektoren der Zivilgesellschaft ausgerichtet ist;
- Mehr Sichtbarkeit der Partnerschaft für alle Ebenen der Gesellschaft;
- Die Europäische Nachbarschaftspolitik muss zu einem Begriff werden, mit dem alle Ebenen der Gesellschaft etwas anzufangen wissen;
- Förderung der Medien im Hinblick auf mehr Unabhängigkeit und mehr Meinungsfreiheit; Unterstützung bei der Herbeiführung eines sichereren Arbeitsumfelds für Journalisten;
- Verbesserung der Karriereaussichten von weiblichen Journalisten und Förderung des professionellen Arbeitens;
- Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Journalismus.

C. ERWARTETE ERGEBNISSE

- Umfassenderes und stärkeres Bewusstsein für die EU und die Partnerschafts- und Nachbarschaftspolitik Europa-Mittelmeer in der gesamten Region und auf allen gesellschaftlichen Ebenen;
- Verbesserte Wahrnehmbarkeit der EU und ihrer Politiken einschließlich der Partnerschaft Europa-Mittelmeer in der gesamten EU und in den Partnerländern;
- Umfassende Mediennetzwerke im Norden wie im Süden und verbesserte Arbeitsbeziehungen;
- Mehr und besser ausgebildete Journalisten; ein sichereres Arbeitsumfeld für Journalisten;
- Mehr Meinungsfreiheit im Informations- und Kommunikationssektor, mehr unabhängige Medien als Sprachrohre;
- Bessere Zugangsmöglichkeiten zu höheren Positionen für weibliche Journalisten.

D. ERFOLGSINDIKATOREN

- Anhand von Umfragen und Erhebungen nachgewiesenes ausgeprägteres Bewusstsein und Verständnis lokaler gesellschaftlicher Gruppen für spezifische Bereiche;
- Anzahl der Artikel in der Presse und in Zeitschriften und Anzahl und Länge von Berichterstattungen in Rundfunk und Fernsehen.
- Häufigkeit der Seitenaufrufe der von den Delegationen und der Kommission selbst unterhaltenen einschlägigen Websites;
- Anzahl der Konferenzen/Seminare/Workshops mit Journalisten aus Nord und Süd, Anzahl der eingerichteten Medien-Netzwerke;
- Anzahl der ausgebildeten Journalisten, insbesondere von weiblichen Journalisten;
- Umfang der Bewusstseinsbildungsaktivitäten zur Sicherheit von Journalisten;
- Fortschritte im Regulierungsbereich und bei Reformen zur Meinungsfreiheit und Unabhängigkeit der Medien ein Einklang mit den in den verschiedenen ENP-Aktionsplänen eingegangenen Verpflichtungen.

E. KURZE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMS

Die Evaluierung des derzeitigen Programms kommt dem neuen Programm insofern zugute, als man sich bemühen wird, die daraus gezogenen Lehren zu berücksichtigen. Außerdem soll versucht werden, einige der Empfehlungen, die nach der Dreiergruppe von Konferenzen/Workshops zum Thema „Euromed und die Medien“ abgegeben worden waren, sowie die Anschlussempfehlungen aufzugreifen, die sich aus der Interim-Arbeitsgruppe/Taskforce und den nationalen Foren/Diskussionen ergeben hatten.

Hauptschwerpunkte für die zukünftigen Aktivitäten:

- 1) Professionalität im Mediensektor; Aufbau von Kapazitäten in den audiovisuellen und Print-Medien in den Ländern der Region und soweit sie diese betreffen;
- 2) Zusammenarbeit: verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und den wichtigsten Medienorganisationen und –akteuren in der Region und verstärkte Wechselwirkung und Kooperation zwischen den Partnern des Nordens und des Südens;
- 3) Allgemeine Bedingungen im Informations- und Kommunikationssektor und in dessen Umfeld: sektorspezifische Unterstützung zur Gewährleistung eines höheren Maßes an Freiheit, Unabhängigkeit, Neutralität und Gleichstellung der Geschlechter im Mediensektor.

Diese prioritären Aufgaben werden unter Nutzung der bestehenden Netzwerke und Beziehungen verfolgt, wobei diese auf eine Reihe von Aktivitäten ausgedehnt werden sollen, die es in der Strategiephase noch festzulegen gilt:

- Gemeinsame Projekte mit den Print-Medien der Region und Schaffung von Medien-Netzwerken sowohl in den nördlichen wie auch den südlichen Ländern;

- Einrichtung von Informations-Outlets (physisch und/oder virtuell) mit rein regionaler Zweckbestimmung;
- Enge Zusammenarbeit mit den (nationalen, regionalen und lokalen) Sendeanstalten der Mittelmeerregion;
- Verbesserung der heimischen und regionalen Kapazitäten im Informations- und Kommunikationssektor;
- Organisation von Seminaren und Konferenzen in der gesamten Region;
- Steigerung der Anzahl der mit jungen Menschen durchgeführten Projekte.

EUROMED JUGEND

A. KONTEXT UND BEGRÜNDUNG

Im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer und der Nachbarschaftspolitik leistet das Programm Euromed Jugend – dank des unmittelbaren Kontakts zwischen den Menschen – einen Beitrag zu politischer Stabilität, wirtschaftlicher Entwicklung und sozialem Zusammenhalt.

In den Phasen I, II und III des Programms wurden Jugendliche aus 35 Partnerländern im Raum Europa-Mittelmeer in einen ständigen interkulturellen Dialog eingebunden, der in einer Atmosphäre der Toleranz und des Friedens stattfand. In der bevorstehenden Phase dürften sich diese Auswirkungen des Programms noch weiter steigern lassen.

B. ZIELSETZUNGEN

Das Programm Euromed Jugend zielt auf die Anregung zu einem intensiveren Dialog, einem besseren Kennenlernen und gegenseitigen Verständnis zwischen den Jugendlichen auf beiden Seiten des Mittelmeers, auf eine aktive Staatsbürgerschaft und die Integration von Jugendlichen (insbesondere Frauen) in das gesellschaftliche, berufliche und politische Leben ihrer Gemeinschaften, auf die Demokratisierung und die Teilnahme an der Zivilgesellschaft ab.

Im Einzelnen sollen mit dem Programm Euromed Jugend folgende Ziele angestrebt werden:

- Eine möglichst große Anzahl von Jugendlichen soll an informellen und multilateralen Bildungsveranstaltungen im Wege des interkulturellen Dialogs teilnehmen können;
- Es soll der Austausch von Erfahrungen und vorbildlicher Praxis, der Erwerb von neuen Fähigkeiten und die Verbreitung neuer Konzepte zur Motivierung und

Begeisterung von Jugendlichen gefördert und gleichzeitig Fortbildungsaktivitäten angeboten werden, anhand derer die Jugendbetreuer neue Erkenntnisse zur Durchführung derartiger Projekte auf internationaler Ebene gewinnen können;

- Die Entwicklung unabhängiger Jugend-NRO sowie die aktive Teilnahme von Jugendlichen am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben der Mittelmeer-Partnerländer sowie die Teilnahme von Jugend-NRO aus den Partnerländern an den bestehenden Netzwerken im Raum Europa Mittelmeer soll im Interesse einer Intensivierung des Dialogs gefördert werden.

C. ERWARTETE ERGEBNISSE

- **Steigerung der Wirkung des Programms:** Einbeziehung einer möglichst großen Anzahl von Jugendlichen und Jugendbetreuern in die Kontaktaktivitäten, den Erfahrungsaustausch und den Austausch von vorbildlicher Praxis, die Freiwilligendienste und die multilateralen Fortbildungsaktionen.
- **Nutzung der konsolidierten Struktur des Programms** (subregionale Dimension, Nord-Süd und Süd-Süd) durch die permanente Vernetzung aller Akteure des Programms.
- **Unterstützung der Einrichtung von unabhängigen Jugendräten** in den Partnerländern.
- **Verbesserung der Wahrnehmbarkeit des Programms** durch die gezieltere Verbreitung der Ergebnisse auf nationaler Ebene in den Partnerländern und auf europäischer Ebene.

D. ERFOLGSINDIKATOREN

- Steigerung der Anzahl der durchgeführten Projekte und Teilnehmer in den MEDA-Partnerländern;
- Wirkung des Programms auf die Zielgruppe und Zufriedenheitsgrad der Teilnehmer;
- Wahrnehmbarkeitsgrad (Werbung und Medien);
- Anzahl der eingesetzten Jugendräte oder gleichwertiger Strukturen.

E. KURZE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMS

Wie in der Vergangenheit wird auch das neue Programm auf die Aktionsschwerpunkte ausgerichtet sein, die bereits im Programm "Jugend in Aktion" 2007-2013 vorgesehen sind. Grundsätzlich sind drei Arten von Aktionen vorgesehen:

1. **multilateraler Austausch von Jugendlichen und ihren Jugendbetreuern** zu bestimmten vorrangigen Themen von gemeinsamem Interesse für die Region Europa-Mittelmeer;
2. **ein Freiwilligendienst von kurzer oder langer Dauer, der individuell oder als Gruppe absolviert wird:** informelle pädagogische Erfahrungen mit Vorbereitung vor der Abreise, Schulung bei der Ankunft, Sprachausbildung, Zwischenbewertung und Abschlussbewertung;
3. **Schulung und Networking der Betreuer und Jugendarbeiter:** Austausch von Praktiken und Arbeitsmethoden im Wege von Seminaren / Workshops / Schulungen / Studienbesuchen.

Darüber hinaus könnten bestimmte Initiativen aus verschiedenen MEDA-Programmen miteinander verknüpft werden und stärker hervorgehoben werden, um die Wahrnehmbarkeit und die Wirkung der Programme weiter zu steigern.

DIALOG ZWISCHEN DEN KULTUREN UND KULTURELLES ERBE

A. KONTEXT UND BEGRÜNDUNG

Der Dialog zwischen den Kulturen in der Region Europa-Mittelmeer bildet den Kern des dritten Schwerpunktbereichs des Barcelona-Prozesses. Damit sollen Menschen einander näher kommen, mehr gegenseitiges Verständnis aufbringen und sich besser schätzen lernen. Außerdem stellt er ein wichtiges Instrument für die Förderung des Friedens in der Region dar.

Bisher konzentrierten sich die Maßnahmen auf zwei Themen: Förderung des historischen und kulturellen Erbes in der Region durch die offiziellen Institutionen und die Organisationen der Zivilgesellschaft und Herstellung und Verteilung audiovisueller Produkte in der Region. In jüngerer Zeit dürfte die Anna Lindh Stiftung mit ihrem Engagement zur Förderung des Dialogs zwischen den Kulturen und dank ihres Netzwerks aus Mitgliedstaaten und MEDA-Partnerländern dazu beitragen, Menschen und Organisationen und dabei insbesondere die Jugend von beiden Seiten des Mittelmeerraums einander näher zu bringen.

Während der nächsten sieben Jahre geht es in diesem dritten Schwerpunktbereich des Barcelona-Prozesses um die Konsolidierung des bisher Erreichten, um bestimmte prioritäre Bereiche wie nachfolgend beschrieben zu stärken. Diese Ziele stehen in Einklang mit dem vom Gipfel von Barcelona (November 2005) genehmigten Fünfjahres-Arbeitsprogramm. Dabei sind zwei Unterprogramme geplant: Euromed Heritage (Kulturelles Erbe) und Unterstützung der Anna Lindh Stiftung. Parallel zu anderen

Regionen kann eine kleine gesonderte Aktion auch zur Unterstützung des Ziels der Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses durchgeführt werden.

B. ZIELSETZUNGEN

Die Programme zum Dialog zwischen den Kulturen dienen der Unterstützung der Mittelmeer-Partner bei

- der Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den EU-Ländern und den Mittelmeer-Partnern. Der interkulturelle Dialog stellt ein unverzichtbares Element für ein gemeinsames Verständnis und die Mobilität dar;
- der Positionierung der Kultur als wesentlicher Faktor im Sinne der nachhaltigen Entwicklung. Investitionen in den kulturellen Bereich tragen nachhaltig zur Diversifizierung der Einkommen schaffenden Möglichkeiten bei und schaffen neue Beschäftigungsmöglichkeiten (Tourismus, kulturelles Engineering, etc) (Heritage);
- der Stimulierung erzieherischer Werte. Kultur ist ein wesentliches Element für die Heranbildung von Humankapital und die Heranbildung einer lokalen und gemeinsamen Identität;
- der Stärkung der intellektuellen Zusammenarbeit und beim Aufbau von Kapazitäten in Bereichen wie Menschenrechte, Staatsbürgerschaft und Demokratie, nachhaltige Entwicklung, Lernen, Wissen und die Informationsgesellschaft, Gleichstellung und Jugend (Anna Lindh Stiftung).

C. ERWARTETE ERGEBNISSE

- Erweiterte und im Wege eines intensiveren Austauschs und eines vertieften Wissens konsolidierte aktive Euromed-Netzwerke der Partner des interkulturellen Dialogs und/oder der professionellen Akteure;
- Intensivierung des interkulturellen Dialogs in den Mittelmeerländern im Sinne einer besseren Erreichbarkeit von Gruppen der Zivilgesellschaft und der Einbeziehung lokaler Gemeinschaften;
- Einleitung von Reformen in den für alle Aspekte des kulturellen Dialogs zuständigen Institutionen der Mittelmeerpartnerländer nach internationalen Standards im kulturellen Bereich (Heritage);
- Positiver Beitrag von Kultur und Tourismus zum lokalen BIP in ausgewählten Bereichen (Heritage) feststellbar.

D. ERFOLGSINDIKATOREN

Ermittlung von (quantitativen und qualitativen) Indikatoren zur Messung der Zugänglichkeit und Wahrnehmbarkeit der Programme, z.B.:

- Anzahl der nach den Programmen eingerichteten und aufrechterhaltenen Netzwerke;
- Anzahl der Teilnehmer an verschiedenen Programmen und der Personen, die an verschiedenen Aktivitäten teilgenommen haben, und wie sie davon profitiert haben;
- Anzahl der in Projekte einbezogenen lokalen Gemeinschaften und Art der Einbeziehung;
- Anzahl der Länder, in denen sich die Programme im Sinne von Reformen ausgewirkt haben und Art der Auswirkung (Heritage);
- Indikatoren für die Multiplikatorwirkung;
- Zunahme des lokalen BIP in Gebieten, in denen Programme durchgeführt wurden (Heritage);
- Anzahl der Veröffentlichungen in Zeitungen und Rundfunk- oder Fernsehprogrammen, die zur Wahrnehmbarkeit beitragen.

E. KURZE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMS

Bei der Konzeption des Programms werden die Lehren berücksichtigt, die aus den vorausgegangenen Programmphasen gezogen wurden.

Heritage

Über spezielle Maßnahmen soll eine ausgewogene Beteiligung der Mittelmeerpartner als Projekt-Koordinatoren gewährleistet werden. Vertikale Partnerschaften sollten gefördert werden, um die Kontakte zwischen Regierungen und Zivilgesellschaft parallel zu den horizontalen Partnerschaften anzuregen.

Die weiteren Programmschwerpunkte richten sich nach den sektorspezifischen Bedürfnissen oder regionalen Gemeinsamkeiten der Mittelmeer-Partner unter besonderer Berücksichtigung der Wirkung und der Nachhaltigkeit der Projekte. Vorläufig werden folgende Schwerpunktbereiche ins Auge gefasst:

- Aufbau von Institutionen und Reformen: Gesetzgebung, Organisationsstrategien, Coaching, Mobilität, Austausch und Schulung von Beamten;
- Erleichterung des Zugangs zu Maßnahmen des interkulturellen Dialogs für die Zivilgesellschaft und im Hinblick auf die Einbeziehung lokaler Gemeinschaften;
- Aktivitäten zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Region;
- Ausbildung und Schulung in Kultur zur Schaffung von Arbeitsplätzen;
- Maßnahmen zur Unterstützung der Erhaltung und Restaurierung von Kulturgut;
- Öffentliches Bewusstsein und Wahrnehmbarkeit;

- Zeitgenössisches kulturelles Schaffen als Schlüssel zum gegenseitigen Verständnis;
- Anhebung der Qualitätsstandards im Kulturtourismus.

Die Unterstützung der Anna Lindh Stiftung trägt zur Umsetzung des Dreijahres-Arbeitsprogramms der Stiftung unter Berücksichtigung der folgenden Grundsätze bei:

- Grundsatz des Networking und der Verknüpfung der derzeitigen Aktivitäten zur Steigerung ihrer Wirkung und im Sinne eines höheren Mehrwerts und einer besseren Wahrnehmbarkeit;
- Bildung und Einsatz von Informationstechnologie zur Erreichung der Zivilgesellschaft;
- Die Jugend ist die vorrangige Zielgruppe;
- Ein dynamisches Konzept des Dialogs zwischen den Kulturen heißt über den rein intellektuellen Austausch hinaus eine Zusammenarbeit eingehen, in der der Kulturbegriff im Sinne der Erfassung aller Aspekte des Lebens zu verstehen ist;
- Hauptaktionsbereiche sind Bildung, Kultur, Wissenschaft und Kommunikation sowie Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung und Befähigung von Frauen;
- Die Tätigkeit der Stiftung ist als gemeinsame Anstrengung von 35 nationalen Netzwerken sowie dem Sekretariat und der Zentrale in Alexandria zu verstehen.

Ergänzende Maßnahmen zum gegenseitigen Verständnis

- Einen spezifischen Schwerpunkt bildet die Förderung und Vertiefung der Kenntnisse der politischen Entscheidungsträger und Akteure in der EU über die Länder der Region und/oder die Förderung und Vertiefung der Kenntnisse der politischen Entscheidungsträger und Akteure in den Ländern der Region über die EU-Politik gegenüber dieser Region. Auf diese Weise soll ein Beitrag zur Entwicklung der Region und zu ihren Beziehungen zu Europa geleistet werden.
- Die Maßnahmen würden Informationsaktivitäten und Wissensaustausch in Form von Konferenzen, Seminaren, Veröffentlichungen, Informationskampagnen, Veranstaltungen zur Bewusstseinsbildung Austauschbesuche etc. umfassen.

ANNEX I

REGIONAL SUPPORT ALLOCATION – FINANCIAL BREAKDOWN

Year in which commitments will be made under the programme

Programme heading / title	2007	2008	2009	2010	Million EUR
Global allocation ⁸	10	6,9	6,1	8,9	31,9
Political, Justice, Security and Migration Cooperation					
Confidence building measures: civil protection	4,4				4,4
Confidence building measures: partnership for peace	5	5		10	20
Justice, security and migration (JSM)			13		13
Policy analysis				8	8
Sustainable Economic Development					
Investment promotion and reform dynamisation to attract investments	6				6
Transport and energy cooperation		9	14		23
South – South regional economic integration			4		4
Environmental programme		9	9	15	33
Technical assistance and risk capital support for FEMIP	32	32	32	32	128
Development of the information society		5			5
Social Development and Cultural Exchanges					
Gender equality and civil society	8			8	16
Information and communication II	12			10	22
Euromed Youth			5		5
Dialogue between cultures and cultural heritage	17	7			24
TOTAL	94,4	73,9	83,1	91,9	343,3

⁸ The global allocation can be also used to ensure continuation of Horizon 2020 support measures in 2007 such as capacity building activities or studies of limited cost.

ANNEX II

DONOR MATRIX AND COORDINATION WITH OTHER DONORS

There are very few significant programmes being carried out by other donors at regional level in the Mediterranean. In fact, until very recently, the EC was the only donor in the region providing a significant volume of aid for regional programmes.

In 2005, the US launched the Broader MENA initiative during its G8 presidency. Two regional programmes have since then been started under this initiative, including the USD 10 million Forum for the Future (a foundation to support civil society activities in the MENA region) and the USD 100 million Fund for the Future (to support SMEs in the region). The EC is taking part in the former (€1 million) and the EIB has expressed interest in participating in the latter (€10 million).

Also in 2005, the OECD launched the MENA Governance for Development initiative, which seeks to promote good governance practices in the region through the typical OECD approach of peer-group policy reviews. This initiative is financed by OECD member states (total budget around USD 6 million). A second OECD MENA initiative, (Promoting Investment), has recently been launched, with a similar approach.

None of the IFIs operating in the region (IMF, WB, AfDB, IsDB) has region-wide programmes; all their programmes are national. Similarly, the EIB has no regional programmes except for a MEDA-financed technical assistance programme to provide support for FEMIP lending operations. This operates on a regional MEDA budget but the projects are in fact national, without a cross-border component. Coordination with the most important IFIs in the region takes place in the context of the Strategic Partnership Agreement between the Commission, the European Investment Bank, the World Bank and the IMF. The WB and the EIB do collaborate on and co-finance some sub-regional projects, for instance the connection of the Israeli and Palestinian electricity and transport grids, and the creation of a gas pipeline in the Mashreq, albeit through separate national projects.

No EU Member State finances significant regional projects in the Mediterranean, except for a few very small research projects or conference events. The Barcelona Process is the sole Euro-Mediterranean gathering on a regional basis. The programmes identified under the Barcelona Process are the only true rallying point for regional cooperation. The US has only recently acknowledged the value of this approach and has tried to imitate it to some extent under the MEPI programme, which started in 2004.

ANNEX III

MEDA COMMITMENTS PER COUNTRY

The list of MEDA programmes can be found at:

http://ec.europa.eu/comm/europeaid/reports/meda-evaluation-midterm-report-2005_en.pdf

	Morocco	Egypt	Tunisia	Jordan	WBG	Algeria	Lebanon	Syria	Regional prog.
Population in 2000 (millions)	28.7	63.8	9.6	5.0	3.0	30.6	3.5	16.1	160.3
GDP per capita in 2000 (USD)	1217	1490	2210	1680	1381	1590	4810	990	1529
Total commitments MEDA I 1995-1999 (€ million)	644	685	431	257	106	164	182	107	211
Average commitment per year MEDA I (€ million)	129	137	86	51	21	33	36	21	42
Total commitments MEDA II 2000-2004 (€ million)	632	353	328	204	397	201	77	127	483
NIP 2005-2006 (€ million)	275	243	144	110		106	50	80	205
Total MEDA II 2000-2006 (€ million)	907	596	472	314		307	127	207	688
Average per year MEDA II (€ million)	130	85	67	45		44	18	30	98
Average per year per inhabitant MEDA I (€)	4.49	2.15	8.99	10.28	7.05	1.07	10.41	1.32	0.26
Average per year per inhabitant MEDA II (€)	4.52	1.33	7.02	8.97		1.43	5.18	1.84	0.61

Measured in average €per year per inhabitant, significant differences appear between countries. Mostly this is due to a scale effect: small countries (Jordan, Tunisia, Lebanon) receive relatively more money per inhabitant. In Syria this effect is more limited.

Differences also appear between MEDA I and MEDA II: whereas the average yearly allocations to Egypt and Lebanon decrease, Morocco, Tunisia, Jordan remain stable, whereas the regional activities in Algeria and, most of all, Syria significantly increase.

Average disbursement ratio over time

Year of commitment	Total commitments	% spent after:				
		1 year	2 years	3 years	4 years	5 years
1995	119	0%	6%	15%	25%	31%
1996	384	31%	58%	68%	74%	76%
1997	804	8%	19%	31%	41%	50%
1998	745	7%	10%	15%	20%	24%
1999	736	6%	23%	31%	36%	42%
2000	555	6%	26%	37%	46%	61%
2001	567	2%	25%	33%	44%	
2002	600	23%	30%	38%		
2003	552	25%	36%			
2004	528	17%				
Total	5.590	12%	25%	33%	40%	47%
Total MEDA I	2.788	10%	22%	31%	38%	44%
Total MEDA II	2.802	15%	29%	36%	45%	61%

Average disbursement ratio over time per instrument type

	Average percentage of committed funds disbursed after:				
	1 year	2 years	3 years	4 years	5 years
Budget support	32%	66%	82%	84%	92%
EIB instruments	6%	15%	20%	40%	46%
Regional programmes	1%	10%	18%	28%	43%
Bilateral technical assistance	3%	5%	12%	19%	28%

ANNEX IV

LIST OF ACRONYMS

AA	Association Agreement (with the EU)
EIB	European Investment Bank
WB	World Bank
EC	European Commission
RSP	Regional Strategy Paper
FEMIP	Facility for Euro-Mediterranean Investment and Partnership
ENPI	European Neighbourhood and Partnership Instrument
MENA	Middle East and North Africa
UN	United Nations
WTO	World Trade Organization
NGO	Non-governmental organisation
AP	Action Plans
ENP	European Neighbourhood Policy
RIP	Regional Indicative Programme
UNDP	United Nations Development Programme
EU	European Union
FTA	Free Trade Agreement

* * *